

Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Steckbrief gegen SA-Führer

Aber vorher konnten sie flüchten!

Breslau, 18. Oktober.

WSL. Im Anschluß an die bereits veröffentlichte Meldung über bevorstehende Aufklärung der Sprengstoffattentate im Kreise Nimpisch und in Reichenbach teilt die Justizpressestelle Breslau weiter mit:

Gegen den Oberführer der SA der Untergruppe Mittelschlesien-Süd von Obernitz in Reichenbach und seinen Adjutanten, den Grafen Spreti in Reichenbach, ist wegen Mordversuches in drei Fällen in Tateinheit mit Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz Haftbefehl erlassen worden. Beide halten sich verborgen und werden steckbrieflich gesucht.

Die weiteren eingehenden Ermittlungen haben zur Festnahme einer weiteren Person aus Reichenbach geführt, die der SA angehört. Insgesamt befinden sich jetzt vier Personen in Haft.

Die Polizei bleibt untätig

Braunschweig, 18. Oktober.

Während sich die Herrn Klingges unterstehende Polizei über die Aufdeckung des Fememords in Braunschweig in Stillschweigen hüllt, bringt der sozialdemokratische „Volksfreund“ heute den Bericht eines von der Polizei überhaupt noch nicht vernommenen Tatzeugen, der den auf freiem Fuß belassenen Autofahrer, der übrigens Mitglied der SA ist, aufs schwerste belastet. Immer mehr verstärkt sich der Eindruck, daß es sich bei dem Fememord um ein wohl vorbereitetes Verbrechen handelt, dessen Spuren in Zirkel führen, die an einer Verdunkelung noch größerer Verbrechen ein Interesse haben und auch dem Mörder, der sich nach Berlin gewandt haben soll, mit größeren Geldmitteln zur Flucht verhelfen. Das sozialdemokratische Blatt richtet heute erneut die Frage an die Polizei, wann gegen die Anstifter und Mordhelfer etwas Durchgreifendes erfolge. Die Polizei hat die sozialdemokratische, auch an das Reichsinnenministerium übermittelte Forderung nach Schließung des SS-Heims mit der lakonischen Bemerkung abgelehnt: Dazu liege kein Anlaß vor!

Nazis schießen auf Flugblattverteiler

Essen, 18. Oktober.

WTB. Zwölf Angehörige der „Eisernen Front“, die im Osten der Stadt Flugblätter verteilten, wurden heute abend aus einer Gruppe politischer Gegner heraus beschossen. Der 22 Jahre alte August Hannig wurde durch einen Bauchschuß so schwer verletzt, daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Zwei Nationalsozialisten wurden festgenommen. Auf die Ermittlung des Täters ist eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt.

Politischer Mord

Das Polizeipräsidium Chemnitz teilt erst jetzt die Entdeckung eines politischen Verbrechens mit, dem der 24jährige Arbeiter Erich Hennemeyer, der Mitglied des Wehrwolf war, zum Opfer gefallen ist. Der junge Mann wurde bereits am vergangenen Dienstag, den 11. Oktober, morgens in seinem Bett tot aufgefunden. Die Nachforschung nach der Todesursache ergab, daß Hennemeyer am Abend zuvor Konfekt gegessen hatte, das mit Zyanalkali gefüllt war. Das Gift hat dann in der Nacht seinen Tod herbeigeführt.

An dem Tage, an dem Hennemeyer tot aufgefunden wurde, war eine Meinelids-Verhandlung gegen politische Gegner des Toten vorgesehen. Der Ermordete sollte als

Hauptbelastungszeuge auftreten. Unter der Anklage des Meinelids stand ein 19jähriger Arbeiter, der bei einer früheren Verhandlung, um einen seiner Freunde herauszureißen, falsche Angaben gemacht hatte. Dieser Freund, der Bauarbeiter Alfred Johst, hatte zu Beginn des Jahres den Wehrwolfmann Hennemeyer blutig geschlagen. In der Schöffengerichtsverhandlung war Johst zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Jetzt sollte durch das Meinelidsverfahren die ganze Angelegenheit noch einmal aufgerollt werden. Auf welche Weise es den politischen Gegnern Hennemeyers gelang, ihm das mörderische Konfekt in die Hände zu spielen, ist noch Gegenstand der Untersuchung.

Tränengasbomben gegen SPD-Abgeordneten

Rüstringen, 18. Oktober.

CNB. In der vergangenen Nacht wurde auf die Wohnung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Huenlich ein Tränengasbombenschlag verübt. Als Huenlich aus einer Versammlung der Eisernen Front zurückkehrte, fand er seine Wohnung mit Tränengas angefüllt vor. Die Untersuchung ergab, daß die Bombe durch eine Fensterscheibe in das Wohnzimmer geschleudert worden war. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Täter sind unbekannt.

Der Konjunkturschwindel

Die Wirklichkeit ist: Handelsrückgang, gesteigerte Arbeitslosigkeit

Die ganze Regierungspresse ist voll von den Berichten über „Rückgang der Arbeitslosigkeit durch Neueinstellungen“ (!). Man will damit Stimmung für die glorreiche Politik der Papen-Regierung, der „aufbauenden Politik der starken Hand“ machen. Die Wirklichkeit sieht aber ganz anders aus. Zwar erfolgen Neueinstellungen, aber meist nur in Konjunkturindustrien, wie Schokolade-, Schuh-, Bekleidungsindustrie u. a. Doch in diesen Industriezweigen ist die Zahl der Neueingestellten in diesem Herbst viel geringer als in den Vorjahren. Soweit es sich um Neueinstellungen in anderen Industriezweigen handelt, sind hier die offiziellen Berichte teils völlig erlogen, teils stark übertrieben. (Wir werden darüber in den nächsten Tagen einwandfreies Beweismaterial bringen.) Aber auch die wirklichen Neueinstellungen dieser Art erfolgen durch die Unternehmers fast nur, um die 400 RM Prämie pro Arbeiter zu ergattern und bei gleichzeitiger Einführung der Kurzarbeit, so daß eine Steigerung der Gesamtlohnsumme für die Arbeiter nicht eintritt und damit auch kein „Aufschwung der Wirtschaft“.

Noch katastrophaler wirkt sich jedoch die Papen-Wirtschaftspolitik durch die Kontingentierungsmaßnahmen aus, deren Folge ganz bestimmt schon in den nächsten Wochen eine neue Welle gesteigerter Arbeitslosigkeit sein wird. Wir berichteten schon über die Auslassungen des Ruhrkohlenkartells, des Herrn v. Siemens und anderer Wirtschaftsgrößen über die massenhaften Abbestellungen bzw. Nichtneubestellungen vom Ausland als Folge der Kontingentpolitik. Heute geht uns vom Rheinland folgende Zuschrift zu:

Während die deutsche Kontingentierungskommission (Tomatenkommission genannt) in den Ländern herumreist, steigert sich die Unruhe in Unternehmerkreisen. In vielen Fällen haben bereits die Kontingentierungspläne der Regierung schwere Schäden für den deutschen Export zur Folge gehabt. Jetzt hat sich die Bergische Industrie- und Handelskammer Wuppertal-Renscheid nochmals mit einem letzten dringenden Appell an die Regierung gewandt, in dem unter Hinweis auf die untragbaren Weiterungen, die den Ruin für die bergische Industrie bedeuten würden, Verzicht auf die Kontingentierung gefordert wird. Der Handelskammer gehen täglich Berichte von den Firmen ihres Bezirkes zu, wonach schon jetzt, bevor die Kontingentierung überhaupt eingeführt ist, über die bedenkliche Abnahme der Auslandsaufträge Klage geführt wird.

Holland, Dänemark, Frankreich u. a. die bereits für Deutschland fühlbare Konsequenzen aus den Autarkieplänen der Papenregierung gezogen haben, hat sich neuerdings Argentinien angeschlossen. Die Devisenkommission hat am 13. Oktober eine Verschärfung der Einführungsbestimmungen vorgenommen, wodurch die Freigrenze für

Textilgewebe in der Einfuhr bedeutend herabgesetzt worden ist. Der besonderen Einfuhr-Genehmigungspflicht unterliegen in Zukunft: Staubsauger, Böhnergeräte, Basarartikel, Radiogeräte, Gummimartikel, Photowaren, Spielwaren, Motoren, neben Seidengewebe, Automobile und Weine. Daß dadurch besonders auch dem deutschen Export ein empfindlicher Schlag versetzt wird, steht außer Zweifel.

Auch für die deutsche Seeschifffahrt und die Hafenplätze drohen sich bereits Auswirkungen zu ergeben, wodurch unübersehbare Folgen entstehen können. Schon sind von ausländischen Konkurrenzhäfen Bestrebungen im Gange, um Waren, die bisher über die deutschen Häfen gingen, von diesen abzuziehen. So droht der Transitverkehr, der bisher von Hamburg und Bremen besorgt wurde, auf Rotterdam, Antwerpen, Kopenhagen, Gothenburg und Gdingen an der Ostsee überzugehen. Bereits ist die Lieferung von Korinthen für Zentraleuropa, auf den polnischen Ostseehäfen übertragen worden. Dasselbe droht für hundert andere Waren-gattungen einzutreten.

Es ist also nicht einmal damit abgetan, daß die durch die Kontingentierung unmittelbar aus der deutschen Aus- und Einfuhr abgezogenen Waren betroffen werden, sondern daß auch andere Produkte für den deutschen Handel verloren gehen. Das heißt aber, daß die deutsche Seeschifffahrt, die am 1. Oktober d. J. im Hamburger Hafen allein 147 arbeitslose Seeschiffe zählte, mehr und mehr Schiffe abtanken muß.

Neue Arbeitslosigkeit in der deutschen Exportindustrie, neue Steigerung der Arbeitslosen an den deutschen Seehäfen und in der deutschen Seeschifffahrt, das ist der einzig sichtbare Erfolg, den die Papenregierung mit ihrer Autarkie zeitigt. D. d.

So wie alle bisherigen Regierungen wird, wenn die vollen Auswirkungen ihrer Katastrophentpolitik eintreten, d. h. wenn neue Millionen Proletariat auf die Straße fliegen und der Lebensstandard der ganzen arbeitenden Bevölkerung erneut gewaltig heruntersinkt, auch die Papenregierung ihre „Verantwortung“ auf andere abwälzen.

Darum: Weg mit Papen, Schluß mit der ganzen kapitalistischen Katastrophentpolitik. Es gibt für die Proletariat nur einen Weg: Kampf mit der SAP für die Herstellung einer wirklichen proletarischen Einheitsfront, um den revolutionären Ausweg zu erzwingen.

Das ist die Aufgabe im Wahlkampf und am Wahltag, den 6. November.

London, 18. Oktober.

WTB. Im Unterhaus teilte Premierminister Macdonald mit, daß er ersucht worden sei, den Vorsitz der Weltwirtschaftskonferenz zu übernehmen. Er werde das Ersuchen annehmen.

Warum SAP-Listen?

Von Klaus Zwilling

Warum beteiligt sich die Sozialistische Arbeiterpartei mit eigenen Listen an der Reichstagswahl? Ist das nicht unnütze Zersplitterung? Ist das nicht sinnlos, da — nach dem Stimmenergebnis der letzten Wahl zu schließen — auf ein Mandat für diese Stimmen doch nicht zu rechnen ist? — Diese Fragen werden in den kommenden Wochen an viele unserer Funktionäre immer von neuem herangetragen werden.

Zunächst eine Gegenfrage: Was haben der Arbeiterklasse die 89 KPD- und die 133 SPD-Mandate des letzten Reichstages genützt? Sie haben gerade für einen parlamentarischen Theaterkampf von zwei Reichstagsitzungen genützt; und dann hat die Bourgeois-Regierung mit dem Einsatz der sehr realen Staatsgewalt der Schein-Macht dieser 222 Mandatsträger ein kurzes und schmerzloses Ende bereitet. Wer so widerstandslos „der Gewalt weicht“, der beweist damit seine — manchmal, wie am 20. Juli, falsche, hier aber zweifellos richtige — Meinung, daß hinter ihm selbst keinerlei Gewalt und Macht steht. Wäre an diesen Tatsachen das geringste geändert gewesen, wenn die SPD statt 133 etwa 135, die KPD statt 89 etwa 95 Mandate gehabt hätte? Alles wäre gewesen, wie es heute ist. Die wirkliche Kraft der Arbeiterklasse ruht heute mehr denn je zuvor ganz wo anders als in den Händen der Mandatsträger.

Wenn es so klar ist, wie es heute die Papen-Regierung der Arbeiterklasse demonstriert, daß Mandate an sich gar keine Macht bedeuten, dann ist es Spekulation auf die Dummheit und niedrigste Demagogie, zu erklären, daß die SAP mit Listen, die wahrscheinlich kein Mandat bringen werden, die Kraft der Arbeiterklasse zersplittern.

Diejenigen zersplittern die Kraft der Arbeiterklasse, die ihre wirkliche Machtentfaltung hemmen, ja unmöglich machen. Und diese Machtentfaltung geht nicht im Parlament vor sich und auch nicht in der Wahlschlacht; ihre Anfänge zeigen sich in den allerorts aufflammenden Streiks gegen den Lohnraub der Papen-Notverordnung; in den gemeinsamen Kampfdemonstrationen der verschiedensten Arbeiterorganisationen; überall da, wo Arbeiter selbst ihre Person in die Schanze schlagen im aktiven Widerstand gegen die Maßnahmen der Ausbeutergesellschaft. Das sind die Anfänge; die Machtentfaltung selbst bedingt die Zusammenfassung aller dieser lokal und zeitlich eng begrenzten Teilkaktionen zu einem zentralen politischen Ziel; dem Sturz der Ausbeutergesellschaft; die Zusammenfassung dieser Aktionen unter einer einheitlichen politischen Führung im Einsatz aller organisierten Kräfte des Proletariats. Wer den Weg zu dieser Machtentfaltung systematisch verbaut, der allein zersplittert die Kraft des Proletariats. Und in dieser Zersplitterung wirken SPD und KPD — gewiß von sehr verschiedenen politischen Ausgangspunkten her — brüderlich zusammen.

Die SPD will den Kampf gar nicht, weil sie — verwachsen mit dem kapitalistischen Staat — „die Revolution haßt, wie die Sünde“. Unter Aufbietung all ihrer Autorität und Demagogie sucht sie den Einsatz der reformistisch geführten Massenorganisationen zum Kampf unmöglich zu machen. Die KPD — mit uns auf dem Boden der gleichen kommunistischen Grundsätze stehend — will wohl den Kampf. Aber sie will nicht die Voraussetzung, ohne die der Kampf nicht kommen kann: die gemeinsame Aktion der kommunistischen mit den reformistisch geführten Organisationen im praktischen Teilkampf des Tages. Und da der eine den Kampf nicht will und der andere nicht seine Voraussetzung — so ist das Ergebnis von ihrer beider Wirken, daß der Kampf eben nicht zustande kommt; daß die Kräfte der Arbeiterklasse zersplittert, verzettelt, tödlich gelähmt werden.

Hier liegt das große Verbrechen der Zersplitterung der Arbeiterkräfte — nicht in der Frage, ob neben den beiden alten Parteienlisten eine dritte aufgestellt wird; ob dadurch ein Mandat mehr oder weniger in einen Reichstag geschickt wird, der entweder der Bourgeoisdiktatur eine sichere Mehrheit schafft oder nach 14 Tagen wieder aufgelöst wird.

Aber wenn die Mandatsverteilung des neuen Reichstags politisch relativ so gleich-

Komödie um Klepper

Preisfrage: Wer bekam die meisten Gelder?

Die Untersuchung der Tätigkeit Dr. Kleppers, des früheren Präsidenten der Preußenkasse und preußischen Finanzministers, nimmt einen immer größeren Umfang an. Dabei steht fest, daß es sich nicht um irgendwelche persönlichen Unregelmäßigkeiten Kleppers handelt, sondern um die Feststellung, welche Zeitungen und Parteien aus der Preußenkasse finanziert worden sind. Dabei ist schon heute klar,

daß die verschiedensten politischen Richtungen durch diese Angelegenheit belastet werden.

so daß wir in der bürgerlichen Presse ein ergötzliches Schauspiel beobachten können. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und einige andere Blätter erklären auf einmal, die ganze Angelegenheit sei furchtbar aufgebläht worden und habe gar keine besondere Bedeutung. Auf der anderen Seite erhebt ein Teil der Hugenberg-Prese die schärfsten Vorwürfe nicht mehr nur gegen Zeitungsredaktionen, sondern auch gegen die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, gegen die „Deutsche Tageszeitung“ und sogar gegen den Scherl-Verlag. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Reaktion an dieser Sache, die eine Wahlbombe gegen Zentrum und frühere Preußenregierung sein sollte, wenig Freude haben wird.

Der vom Preußischen Landtag eingesetzte Untersuchungsausschuß vernahm am Dienstag Dr. Klepper. Seine Aussagen ergaben, daß die „Kölnische Volkszeitung“ von der Preußenkasse im Einvernehmen mit dem Mi-

nisterpräsidenten Braun und dem damaligen Finanzminister Höpker-Asohoff und durch Vermittlung von Hirtfelder ansehnliche Beträge erhalten hat, um auf diese Weise die Weiterführung der wirtschaftlich gefährdeten Zeitung zu ermöglichen. Ebenso gibt Dr. Klepper zu, die Preußenkasse habe seinerzeit alle Aktien der „Germania“, deren man habe habhaft werden können, aufgekauft, um zu verhindern, daß ein bestimmter Großaktionär die absolute Majorität erwerben konnte. Auf die Frage: „Wer war denn das“, antwortete Klepper: „Der Herr Reichskanzler!“

Weiter wurde Dr. Klepper gefragt, ob auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, und die „Deutsche Tageszeitung“ Gelder aus der Preußenkasse erhalten hätten und ob auch

für die Reichspräsidentenwahl

und zur Bekämpfung der nationalsozialistischen Bewegung Beträge der Preußenkasse verwendet worden seien. Dr. Klepper lehnte eine Beantwortung all dieser Fragen ab; er tat dies aber in einer Form, die eine Bejahung dieser Fragen in sich schloß. Auch über finanzielle Unterstützung des Scherl-Verlages in früherer Zeit machte Dr. Klepper vielsagende Andeutungen.

Der Ausschuß beschloß einstimmig, den Reichskanzler v. Papen und andere hohe Reichsbeamte als Zeugen über die Beteiligung der Preußenkasse an der „Germania“ und über die grundsätzliche Frage einer Beteiligung der öffentlichen Hand an Zeitungunternehmungen zu vernehmen.

gültig ist, wenn es obendrein sehr wahrscheinlich ist, daß die SAP wiederum kein Mandat erreichen wird — warum tritt dann die SAP mit eigenen Listen in den Wahlkampf? Weil — wenn auch das Wahlergebnis in den hier geschiedenen Grenzen bedeutungslos ist — der Wahlkampf von größter Bedeutung ist.

Die Wahlen der letzten Jahre brachten bisher unbekannt große Wahlbeteiligung. Das ist noch keine Massenaktivität, aber es ist eine Vorstufe der Massenaktivität. Diese erstreckt sich auf Wahlen beteiligenden Massen wollen eingreifen in das politische Geschehen. Sie sehen zunächst keine andere Möglichkeit als den Stimmzettel und müssen erst durch eigene Erfahrung lernen, daß der Stimmzettel in dieser Situation gar kein einflussreiches Mittel politischen Eingreifens darstellt. Hier, wo Massen auf der Vorstufe politischer Aktivität sich bewegen, müssen wir eingreifen; müssen vor ihnen das politische Programm der SAP aufrollen, das Bekanntheit der Proletarier zu diesem Programm der Grundsätze und der Tat fördern. Wir müssen ihnen sagen, daß die Stimmzettelaktion nicht mehr sein kann als eine Demonstration; müssen fordern, daß sie diese Demonstration nicht von dem sinnlosen Problem der Mandate abhängig machen, sondern allein von dem Bekenntnis zu dem politischen Weg und den politischen Methoden, die die SAP dem Befreiungskampf der Ausgebüteten weist.

Wir werden auch in diesem Wahlkampf große Wählermassen nicht bewegen können, sich loszumachen von der parlamentarischen Illusion, es komme auf die Auswertung der Stimmen in Mandaten an, und die kleine und schwache SAP könne man daher nicht wählen. Davon drückt sich eben die Tatsache aus, daß breite Massen noch immer sich erst auf der Vorstufe der Aktivität befinden. Und es kann und darf nicht der Sinn unserer Wahlbeteiligung sein, in diesem seichten Gewässer zu fischen, um uns nachher selbstgefällig mit den Scheinerfolgen der Stimmzettelaktion zu brüsten. Das wollen wir neidlos der Hilflosigkeit von SPD und KPD gegenüber, der wirklichen, praktischen Massenmobilisierung überlassen. Der Sinn unseres selbständigen Eingreifens in den Wahlkampf ist, den Prozeß zu beschleunigen, der die Massen vom parlamentarischen Vorstadium der Aktivität zur wirklichen, praktischen Aktivität heranreißt. Können wir den Wahlkampf ausnutzen, um neue Massen zur Bereitschaft für die gemeinsame außerparlamentarische Aktion der Arbeiterorganisationen zu gewinnen, dann wollen wir es gern verschmerzen, wenn die Reste parlamentarischer Illusionen bei vielen von denen, die wir so für die politisch wirksame Aktion der SAP gewonnen, noch so stark sind, daß sie ihre politisch fast unwirksame Stimme der „kleinen und schwachen“ SAP verweigern.

Das wesentliche ist, daß unsere Funktionäre und Mitglieder selbst von diesen parlamentarischen Illusionen frei sind und damit beweisen, daß sie wirklich

Vorhut der Arbeiterklasse

sind; daß sie die gesellschaftlichen Zusammenhänge besser durchschauen als die Masse in ihrer Gesamtheit und daß sie — die praktischen Folgen — für ihre politische Tätigkeit daraus ziehen. Daß unsere Funktionäre und Mitglieder sich bewußt sind, daß der Wahlkampf nicht der ganze Kampf ist, sondern nur eine Seite des Kampfes, ja sogar nur eine Seite der Kampfvorbereitung; daß der ganze Wahlkampf nur dann einen Sinn hat, wenn parallel mit ihm die unerschütteste Aktivität aller unserer Mitglieder in der überparteilichen, reformistischen geführten Massenorganisation entfaltet wird, um diese Organisationen zur gemeinsamen praktischen Aktion mit uns, mit den KPD- und SPD-Organisationen zu bringen! Der Kampf an jeder dieser beiden Fronten — in der Wahlschlacht und in den Massenorganisationen — muß so geführt werden, daß er den Kampf an der anderen Front fördert und erleichtert.

Arbeiten wir so, dann werden wir unsere Partei und die Arbeiterklasse durch diesen Kampf gestärkt und vorwärts gebracht haben. Und am Abend des Wahlsonntages: wiegt euch nicht in Siegesrausch, wenn wir ein paar tausend Stimmen gewonnen haben; glaubt nicht, daß eure Arbeit fruchtlos war, wenn wir ein paar tausend Stimmen verloren haben — überlaßt das Zählen den anderen; prüft gewissenhaft und kritisch, ob, wo und wie weit wir in diesem Wahlkampf unseren tatsächlichen Einfluß erweitert haben, was dabei falsch, was richtig gemacht wurde — und dann geht, durch diese Erfahrungen gestählt, mit verdoppelter Energie, in zähem Kampf mit, in eiserner Disziplin an die neue Arbeit in den überparteilichen Massenorganisationen!

Herr Papen wird schon dafür sorgen, daß das Zählen am 6. November bald seine ganze Bedeutunglosigkeit offenbart; aber es wird auch weiter dafür sorgen, daß die Kampfbereitschaft der proletarischen Organisationen zur nackten Existenzfrage der Arbeiterklasse wird!

Neue Arbeitslosenkämpfe in London

London, 18. Oktober.

WTB. In verschiedenen Vierteln der Stadt kam es heute zu Zusammenstößen von Arbeitslosen mit Polizei. Als die Demonstranten zum Rathaus ziehen wollten, wurden sie von Polizisten aufgehalten, die mit dem Gummiknüppel gegen die Menge vorgehen mußte (!). Einige Personen wurden leicht verletzt und mehrere festgenommen.

Eine Deputation der nationalen (!) Arbeitslosenbewegung wurde nachmittags im Gebäude des Londoner Grafschaftsrats empfangen.

Man will also mit gelb-nationalistischen „Arbeitslosen“ den Kampf der „gefährlichen“ Arbeitslosen zersetzen und ersticken.

Neue Zwischenfälle im Prozeß Felsenecke

Ein aufgezwungener Officialverteidiger Die Angeklagten antworten nicht mehr

Gestern mittig um 1 Uhr hat der Felsenecke-Prozeß seinen Fortgang gefunden. Zunächst wurde mitgeteilt, daß das Ablehnungsgesuch, das von den Angeklagten Adam und Genossen durch den Rechtsanwalt Cohn-Bendit gegen die drei gelehrten Richter des Gerichtes gerichtet worden war, als unbegründet zurückgewiesen worden sei. Darauf erklärte, Rechtsanwalt Cohn-Bendit, daß der Angeklagte Hohmann sowie sieben andere Angeklagte, die bisher von Rechtsanwalt Litten verteidigt worden waren, ihm nur eine beschränkte Vollmacht gegeben hätten, die sich auf die Beschwerde gegen die Mandatsentziehung Littens beschränkte. Er sei infolgedessen nicht in der Lage, die Angeklagten weiter zu vertreten und lege nunmehr sein Amt nieder.

Staatsanwaltschaftsrat Stenig: Ich bitte, Rechtsanwalt Plaut als Officialverteidiger zu bestellen.

Angekl. Hohmann: Ich protestiere gegen diese Officialverteidigung, ich lehne jede Officialverteidigung ab.

Der Angeklagte Hohmann verlas daraufhin ein längeres Schriftstück, das sich gegen die

Bestellung des Rechtsanwalts Plaut zu seinem Officialverteidiger richtete, und in dem es heißt, daß die Angeklagten zu diesem Anwalt kein Vertrauen haben könnten, zumal da die Bestellung Dr. Plauts gegen die Grundgedanken der Strafprozeßordnung verstoße.

Vors.: Haben Sie das verstanden, was Sie vorgelesen haben?

Angekl.: Jawohl.

Vors.: Wer hat Ihnen das aufgesetzt?

Angekl.: Das tut nichts zur Sache. Wenn ich es aufgesetzt hätte, hätte ich es noch viel schärfer formuliert.

Das Gericht beschloß daraufhin, den Rechtsanwalt Dr. Plaut zum Officialverteidiger zu bestellen. Als nunmehr in die Vernehmung der Angeklagten eingetreten werden sollte, erklärten die acht, bisher von Litten verteidigten Angeklagten, sie würden, da sie mit dem ihnen aufgezwungenen Verteidiger nicht einverstanden seien, keine Aussagen machen. Bei diesem Entschluß blieben sie, obgleich der Vorsitzende sie auf die nachteiligen Folgen aufmerksam machte, die dieser Schritt für sie haben könnte.

ADGB-Kundgebung in Berlin

Statt Kampfmaßnahmen indirekte Unterstützung des Papen-Programms und neuen „Appell“ an die Regierung

Die oberste ADGB- und Afa-Instanzen haben am 18. Oktober im Plenarsaal des ehemaligen Reichswirtschaftsrates eine öffentliche Kundgebung veranstaltet mit dem Thema „Wirtschaftsplan der Reichsregierung und die Gewerkschaften.“ Der Vorsitzende Leipart betonte in seiner Eröffnungsrede, daß sich die Wirtschaft in einem Zustand befindet, die „Hoffnung auf Besserung“ zulasse (!) Aber diese Hoffnung werde durch die Kontingierungsmaßnahmen der Reichsregierung wieder illusorisch gemacht.

War schon diese Einleitung durch Leipart alles andere als auf Kampf gegen die Papen-Diktatur eingestellt, so vertrat der Hauptreferent Tarnow noch stärker die Tendenz, die Tätigkeit der Gewerkschaften mit den Wirtschaftsmaßnahmen der Papen-Regierung in Einklang zu bringen. Leider sei die Regierung den Vorschlägen der Gewerkschaften zu direkter Arbeitsbeschaffung nicht gefolgt. Jedoch hat Tarnow nichts ernsthaftes gegen die Liebesgabe von 1 1/2 Milliarden an die Unternehmer für Einstellungsprämien einzuwenden. „Die Gewerkschaften würden sich keiner Maßnahme in den Weg stellen, von der sie erhoffen könnten, daß sie den Arbeitslosen helfe.“ Der ganze „Kampf“ des ADGB richtet sich nach Tarnow lediglich gegen den mit der Neueinstellung verbundenen Lohnabbau. Ausdrücklich betonte Tarnow, daß die Gewerkschaften schon immer bereit gewesen wären, eine Arbeitszeitverkürzung auch ohne Lohnausgleich zu unterstützen. Nörpel sprach über die „Wiederher-

stellung des kollektiven Arbeits- und Tarifrechts.“ Durch die Maßnahmen der Regierung würde das ganze Staatsleben gefährdet, das ist seine größte Sorge, deshalb wäre eine schleunige Wiederherstellung eines „normalen Rechtszustandes“ unerlässlich. Ausdrücklich betonte er, daß die Gewerkschaften nicht daran denken, sich gegen den Grundsatz der Vertragstreue zu wenden und die Friedenspflicht zu verletzen.

Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der von der Reichsregierung die Aufhebung der Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober und eine „planmäßige Wirtschaftsführung“ gefordert wird. An einen Appell an die Arbeitermassen zum entschlossenen Kampf denken die ADGB-Führer garnicht. Diese Stellungnahme der ADGB- und Afa-Führung beweist, daß der von Leipart angekündigte „neue Weg“ wieder nur eine leere Phrase bleibt und daß die ADGB-Führung nach wie vor entschlossen ist, jeden weiteren Lohn- und Unterstützungsraub kampfflos hinzunehmen, wenn er auf „rechtlicher“ Basis erfolgt.

Die Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder müssen gegen diese katastrophale Politik mit aller Leidenschaft ankämpfen und eine radikale Kursänderung in den Gewerkschaften dadurch erzwingen, daß sie unter dem Motto: kein Lohnabbau, überall und ohne Rücksicht auf die Notverordnungen und Schlichtermaßnahmen den Streik führen.

Streik in der Papierfabrik Sacrau

Am Dienstag trat die 665 Personen zählende Belegschaft der Papierfabrik in Sacrau bei Breslau in den Streik. Schon in einer Versammlung am Sonntag hatte die Belegschaft den Beschluß gefaßt, jeden Lohnabbau mit dem sofortigen Streik zu beantworten; die Direktion war jedoch offensichtlich der Auffassung, daß die Arbeiter ihren Beschluß nicht durchführen würden, denn sie gab am Montagmorgens durch Anschlag am schwarzen Brett bekannt, daß der Lohnabbau durchgeführt würde. Die Arbeiterschaft machte jedoch ihren Beschluß wahr und legte geschlossen die Arbeit nieder.

Die Arbeiterschaft von Meißner & Frahn, Textilfabrik im Landeshut, die Ende September in erfolgreichem Streik die Direktion zur Zurücknahme ihrer Lohnabbau-maßnahme gezwungen hat, ist erneut in passive Resistenz getreten, weil die Firma glaubt, jetzt nach dem Erlaß über die Friedenspflicht durch das Reichsarbeitsministerium den Lohnabbau doch durchführen zu können.

In Braunschweig ist die Belegschaft der Jutespinnerei in Stärke von 600 Personen in den Streik getreten, um den angekündigten Lohnabbau auf Grund der Papen-Notverordnung abzuwehren.

In der Croyner Steingutindustrie trat die Arbeiterschaft entgegen dem Willen der Führung des Fabrikarbeiterverbandes geschlossen in den Streik, weil sie nicht freiwillig den Lohnabbau akzeptieren wollte.

Überall Regierungskrise

Berlin, 18. Oktober.

WTB. Das gesamte Kabinett hat heute zurückgetreten. Ministerpräsident Rönne wird morgen dem König die Demission unterbreiten.

Im Kabinettsrat hatten die liberalen Minister an ihrem Standpunkt, daß Neuwahlen notwendig seien, festgehalten und jedes Kompromiß abgelehnt. Ob das Parlament aufgelöst wird, steht noch nicht fest, da die Entscheidung hierüber der König zu treffen hat.

Die Demission des Kabinetts ist ein Beweis für die Gegenätze innerhalb der katholisch-liberalen Koalition. Man rechnet nicht mit einem neuen Kabinett von langer Amtsdauer, sondern glaubt, daß Neuwahlen unvermeidlich sein werden.

Prag, 18. Oktober.

WTB. Ministerpräsident Udrzal hat heute seine Kur in Karlsbad unterbrochen und ist nach Prag zurückgekehrt. Wie das Blatt „Venkov“ meldet, hat Udrzal in einer Sitzung des Präsidiums der republikanischen Agrar- und Kleinland-Volk-Partei mitgeteilt, sein Gesundheitszustand lasse es nicht zu, daß er weiter das Amt des Vorsitzenden der Regierung in dieser überaus schweren Zeit ausübe, welches volle Kräfte erfordere. Das Präsidium erkannte die Gründe des Ministerpräsidenten an und sprach ihm die Anerkennung für die bisherige schwere Arbeit aus. Das Präsidium beschloß sodann einstimmig, den Abgeordneten Malypetr zu betrauen, mit den übrigen Parteien über die Lösung der neuen politischen Situation zu verhandeln.

Helsingfors, 18. Oktober.

WTB. Das Kabinett hat beschlossen, General Wallenius nicht freizulassen. Darüber ist es zu einer teilweisen Kabinettskrise gekommen. Zwei Minister, die der nationalen Sammlungspartei angehören, haben ihre Demission gegeben.

Bukarest, 18. Oktober.

WTB. Der König hat Maniu die Bildung der Regierung angetragen. Maniu hat sich eine Frist zu Besprechungen mit seinen Parteifreunden vorbehalten.

Putschist leitet das Sicherheitswesen

Wien, 18. Oktober.

Amtlich wird mitgeteilt: Auf Grund eines vom Bundeskanzler Dr. Dollfus erstatteten Vorschlages ernannte Bundespräsident Miklas den Major d. R. Emil Fey zum Staatssekretär. Major Fey ist in dieser Eigenschaft dem Bundeskanzler zur Unterstützung in allen Fragen des Sicherheitswesens und zur parlamentarischen Vertretung dieser Angelegenheiten beigegeben und dem Bundeskanzler unterstellt. Um 1 Uhr erschien Staatssekretär Fey beim Bundespräsidenten und leistete in seine Hände die Angelobung.

Der zum Staatssekretär ernannte Heimwehrmajor Fey ist als Führer des monarchistischen, den Christlichsozialen nahestehenden Heimwehrflügels bekannt. In vielen Reden hat er aus seiner putschistischen Gesinnung kein Hehl gemacht.

Keine Landtagsauflösung in Sachsen

Dresden, 18. Oktober.

WTB. Der Sächsische Landtag hat den nationalsozialistischen Antrag auf Landtagsauflösung gegen die Stimmen der Antragsteller und der Kommunisten abgelehnt.

Bunzlauer Jungarbeiterstreik bricht zusammen

Dolchstoß der reformistischen Gewerkschaftsführung

(Sonderbericht der SAZ)

Die Lage

Nachdem die jugendlichen Pflichtarbeiter — wie bereits berichtet — eine Woche geschlossen im Streik standen gegen die ihnen aufgezwungene, unbezahlte Pflichtarbeit, beginnt jetzt die Front der Streikenden allmählich abzubrickeln. Von den 245 Streikenden haben am Montag bereits 40 die Arbeit wieder aufgenommen. Ihrem wenig guten Beispiel werden in den nächsten Tagen weitere folgen, so daß schon heute gesagt werden kann, daß der zunächst mit großem Elan begonnene und durchgeführte Streik ohne Erfolg zusammenbricht.

Die Ursachen für den Zusammenbruch

Wir wollen nicht verhehlen, daß es innerhalb der Jungarbeiterschaft an Klarheit und Einigkeit mangelte, daß es an der nötigen Diszipliniertheit und gewerkschaftlichen Schulung fehlte, die nun einmal nötig ist, um einen Streik mit mehr oder weniger politischem Einschlag erfolgreich durchzuführen. Diese Feststellung, die aus den Eindrücken der letzten Streikversammlung entstand, ist kein Vorwurf für die jungen Genossen, deren Kampfesmut wir bewundert und begrüßt haben. Nicht zuletzt hat aber auch die raffinierte Methode des Magistrats und der bürgerlichen Presse, einschließlich der „Volksstimme“ zur Verwirrung in den Reihen der Streikenden beigetragen.

Die allerschwerste Schuld, die eigentliche Schuld für den Zusammenbruch trägt aber die reformistische Gewerkschaftsführung und die SPD!

Es ist nicht zuviel gesagt, wenn wir behaupten, daß erst durch die Sabotage und den Dolchstoß der Gewerkschaftsbürokratie die Stimmung unter den Streikenden, namentlich den Anhängern der SPD, der Gewerkschaften und des Reichsbanners so stark gesunken ist, daß gerade diese Genossen es waren, die als erste die Arbeit wieder aufnahmen, obwohl mit Zweidrittel-Mehrheit die Fortsetzung des Streikes beschlossen wurde. Die SPD-Anhänger als Streikbrecher! Die Schuld des Gewerkschaftsreformismus.

Die Gewerkschaftsleitungen haben von Anfang an jede Unterstützung der Aktion der jugendlichen abgelehnt. Ja, sie haben sich sogar gewehrt, ihre eigenen Mitglieder, denen wie allen Streikenden die Unterstützung von der Stadt um 50 Prozent gekürzt wurde, finanziell zu unterstützen. Die Führer der Gewerkschaften, die Herren Gewerkschaftssekretäre Hartmann und Riedel z. B. haben nicht einen Pfennig privat übrig gehabt für die Streikenden, während hunderte von Erwerbslosen ihre wenigen Groschen mit den Jungarbeitern geteilt haben. Diese ablehnende Haltung der Gewerkschaftsbürokratie hat den Kampfeswillen der eigenen Mitglieder so geschwächt, daß diese als erste die Arbeit aufgenommen haben und so den streikenden Genossen in den Rücken gefallen sind.

Was lehrt dieser Streik?

Ihr Jungarbeiter, Genossen, habt einen Kampf verloren, weil die eigentlichen Kampforganisationen der Arbeiterschaft, die reformistischen Gewerkschaften, euch verlassen haben. Ohne uns zu rühmen, kann festgestellt werden, daß außer der KPD, die allerdings ihre RGO-Politik zu betreiben suchte, allein die SAP rückhaltlos und uneigen-

nützig euch unterstützt hat. Wir haben nicht nur unseren ganzen Organisationsapparat für euch eingesetzt, wir haben euch in voller Solidarität auch finanziell unterstützt. Darum schließt euch unserer revolutionären Bewegung an, damit ihr für später mehr Rückhalt habt. Helft uns besonders in unserem schweren Kampfe um die Revolutionierung der Gewerkschaften. Ihr habt gerade am eigenen Leibe verspürt, wie wichtig diese Aufgabe der Umstellung der Gewerkschaftspolitik ist.

Die SAP hat sich zur Aufgabe gemacht, unter Ablehnung der unsinnigen RGO-Politik, die Gewerkschaften wieder zu

revolutionären Kampforganisationen der Arbeiterklasse zu machen.

Genossen, alle ihr Gewerkschaftsmitglieder, verzagt nicht, sondern kämpft jetzt erst recht weiter, bereitet den Boden vor, auf dem ihr das nächstmal erfolgreicher kämpfen könnt.

Kommt in unsere Reihen, helft uns, reißt euch ein in unsere Kampfgemeinschaft, die als einzige zu euch gehalten hat im Kampf.

Hinein in die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands!

Nachklänge zum Staubsaugerprozeß

Das Schwurgericht Breslau verurteilte vor einigen Tagen den Geschäftsführer Wilhelm Henschel wegen wissenschaftlichen Meinleides unter Voraussetzung des Milderungsparagraphen zu 1 1/2 Jahren Gefängnis. Der Angeklagte war in dem großen Breslauer Konsortiums-Betrugsprozeß, dem sogenannten „Staubsauger-Prozeß“, der von November 1930 bis Mai 1931 vor dem Breslauer Schöffengericht verhandelt wurde, als Zeuge vernommen worden. Unter den tausenden von Bestellscheinen, die die Angeklagten zum Teil selbst angefertigt hatten, um Provisionen zu erhalten, befand sich auch

Prozeß auch der verlorengegangene Bestellschein wieder, und zwei Sachverständige, unter ihnen der Schriftsachverständige Schneickert-Berlin, bezeichneten die Namensunterschrift als von Henschel herrührend. Heute stand Henschel nun vor dem Schwurgericht. Er bestritt auch weiter die Unterschrift gegeben zu haben, das Gericht hielt ihn aber auf Grund des Sachverständigengutachtens für überführt.

Da für einen Meineid, der einen Angeklagten ins Zuchthaus brachte, der verschärfte Paragraph 154 StGB. in Anwendung kommt, der eine Mindeststrafe von drei Jahren Zuchthaus vorsieht, beantragte der Staatsanwalt diese Strafe; da aber dem Henschel der Milderungsparagraph zur Seite steht, weil er sich einer strafbaren Handlung — Beihilfe zum Betrug — bezichtigt hätte, wenn er die Wahrheit gesagt hätte, beantragte der Staatsanwalt, diese Strafe auf ein Jahr Zuchthaus herabzusetzen. Das Gericht erkannte auf 1 1/2 Jahr Gefängnis.

Selbstmord „Infolge wirtschaftlicher Notlage“

Haynau, 18. Oktober.

Aus dem dritten Stock stürzte sich nachts die im Hause Bahnhofstr. 13 wohnende Frau Riller auf die Straße. Sie erlitt einen Schädelbruch und einen Oberschenkelbruch und war auf der Stelle tot. Man nimmt an, daß die Frau, die zwei schulpflichtige Kinder hinterläßt, aus Schwermut infolge wirtschaftlicher Notlage in den Tod gegangen ist.

Breslau, 18. Oktober.

In den Anlagen an der Neudorfstraße fand eine Polizeistreife eine 35jährige Schneiderin aus Breslau besinnungslos auf einer Bank auf. Neben ihr lag eine zum Teil noch gefüllte Flasche. Die Frau wurde ins Krankenhaus übergeführt, wo man feststellte, daß sie geringe Mengen Salzsäure offenbar in selbstmörderischer Absicht zu sich genommen hatte.

Selbstmord an der Großen Schneegrube

Hirschberg, 18. Oktober.

WSL. Am Rande der Großen Schneegrube verübte der etwa 30 Jahre alte Beamte Sch. aus Brieg Selbstmord. Er stellte sich hart an den Rand der Grube, jagte sich eine Kugel in die Schläfe und stürzte dann etwa 80 Meter ab. Die Leiche wurde von Mannschaften der Feuerwehr und der Sanitätskolonne in Schreiberhau mit vieler Mühe geborgen.

Auslegen der Wählerliste für die Wahl zum Reichstage am 6. November 1932

Die Wählerliste für die Reichstagswahl am 6. November 1932 wird in der Zeit von Sonntag, den 16. Oktober, bis einschl. Sonntag, den 23. Oktober 1932, zu jedem Mann Einsicht öffentlich ausgelegt, und zwar für den früheren Stadtkreis Breslau einschl. der eingemeindeten Teile von Woiachwitz, Olschschin, Wilhelmruh, Zimpel, Grüneiche, Bartheln und Blachofswalde in der Lessingturnhalle, Lessingplatz 1/2, für die übrigen eingemeindeten Ortsteile in den zuständigen Bezirksämtern. Die näheren Bestimmungen über die Einsichtnahme sowie über die Erhebung von Einsprüchen gegen Mängel der Wählerlisten sind aus der öffentlichen Bekanntmachung an den Anschlagssäulen zu ersehen.

Gefängnis anstatt Brot

Vor der großen Strafkammer in Waldenburg fanden die „Erwerbslosen n. u. r. u. h. e. n.“ vom 4. Juni d. J. in Friedland ein gerichtliches Nachspiel. Eine Deputation, die damals zum Bürgermeister von Friedland geschickt wurde, um die Rückgängigmachung der Unterstützungskürzungen zu erwirken, hatte keinen Erfolg, was die vor dem Rathaus wartende Menschenmenge in große Erregung versetzte. Die Menge drang in das Rathaus ein, sodaß die Waldenburger Schutzpolizei herbeigerufen werden „musste“. Die Folge davon war, daß sich 14 Arbeiter wegen Landfriedensbruchs zu verantworten hatten. In der gestrigen Verhandlung wurden vier Angeklagte freigesprochen, acht wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs zu je einem Monat Gefängnis verurteilt, während zwei Angeklagte wegen des gleichen Delikts als Haupttäter je drei Monate Gefängnis erhielten. Wegen der Gewährung von Strafaussetzung sollen Ermittlungen eingezogen werden.

Zum Raubmord in Löwen Sieben Personen festgenommen

In der Mordsoche Ludwig (Löwen) hat die Mordkommission bisher nicht weniger als 24 Spuren ausgearbeitet. Nach Abschluß der Nachprüfung dieser Spuren sind vorläufig sieben Personen festgenommen worden, die der Tat zum mindesten dringend verdächtig erscheinen. Es ist festgestellt worden, daß bereits im Jahre 1930 zwischen zwei der Festgenommenen ein Plan erwogen wurde, einen Großkaufmann in Löwen zu berauben. Hierbei soll auch der Name Ludwig gefallen sein. Nach Angabe einiger Zeugen waren diese

Parteigenossen, die bei Linke-Hofmann arbeiten

Freitag, den 21. Oktober, 19.00 Uhr: Wichtige Besprechung im Parteibüro. Parteimitgliedsbuch als Ausweis mitbringen. Sorgt für starken Besuch.

beiden Verdächtigten damals im Besitze von Pistolen. Sie haben dann seinerzeit an verschiedenen Stellen Einbrüche verübt, wurden jedoch ermittelt und wegen dieser Diebstähle bestraft. Möglicherweise hat ihre damalige Festnahme die Ausführung des beabsichtigten Raubüberfalles auf Ludwig verhindert. Während einer dieser Verdächtigten sich heute noch in Strafhaft befindet, wurde der zweite am 5. Juli d. J. entlassen. Es war der Mordkommission bekanntgeworden, daß dieser Entlassene Verbindungen mit anderen jungen Leuten aus der Gegend von Alt-Poppeln unterhielt.

Schneefall im Riesengebirge


WSL. Seit Sonnabend abend gehen im Riesengebirge in über 1200 Meter Höhe mit Unterbrechungen Schneefälle nieder. Montag vormittag lagen auf der Schneekuppe etwa 3 Zentimeter Schnee. Die Temperatur beträgt minus 1 Grad.

Juno, eine wie die andere.

gleich gut, gleich frisch und gleich wundervoll im Duft.

Fachliches Können und sorgfältigste Arbeit bieten Gewähr dafür, daß diese hervorragende Josetti-Mischung stets dieselbe bleibt. Qualitätsraucher anerkennen den Ausschluß von Zugaben wie Wertmarken, Gutscheinen und Stickerereien als richtig.

Daher steht auch zu Juno: „Einer wie der andere!“



Die Wiege mit dem doppelten Boden oder eine „erlauchte Hochzeit“

Ein „Hofbericht“ aus der „deutschen Republik“

Als wichtigste Meldung bringt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ auf ihrer ersten Seite an der Spitze ihrer Mittwochnummer einen überauswichtigen Bericht von den Hochzeitsfeierlichkeiten der Prinzessin Sybille von Sachsen-Coburg-Gotha und dem „Prinzen Gustav Adolf von Schweden“ unter der Überschrift: „Die Hochzeit in Coburg — Beginn der dreitägigen Festlichkeiten — Die Schenke der Hochzeitsgeschenke“.

Es heißt dort:

„Der Herzog und die Herzogin von Sachsen-Coburg-Gotha sowie das Brautpaar waren anwesend und unterhielten sich mit den über 50 Pressevertretern des In- und Auslands, die zu dem Empfang erschienen waren. Allein auch von der skandinavischen Presse sind 20 Pressevertreter in Coburg anwesend.“

Wie müssen diese Herren Pressevertreter in Glückseligkeit geschwommen sein, als die Persönlichkeiten „geruhten“, sich zu ihnen, den gewöhnlich Sterblichen herabzulassen und sich mit ihnen zu „unterhalten“.

Wie müssen diese armen Lakaien der Feder in Verzückung geraten sein als:

„sodann gemeinsam die zahlreichen und prachtvollen Hochzeitsgeschenke besichtigt wurden, wobei besonders das Geschenk des Reichspräsidenten v. Hindenburg, zwei prunkvolle Leuchter und eine kunstvolle Obstschale aus der Königlichen Porzellanmanufaktur ins Auge fielen. Die Stadt Neustadt schenkte dem Hochzeitspaar ein kostbares Rosenthal-Service und eine Modellpuppe, die die Züge der Prinzessin Sybille trägt, die Stadt Rodach schenkte ein Tafelservice, und die Stadt Coburg selbst u. a. eine Wiege, die einen doppelten Boden hat.“

Zwischen die Wände soll Coburger Erde gefüllt werden, damit der zu erwartende Stammhalter auf heimatlichem Boden aufwächst.“

Welch geniale Erfindung diese Wiege mit dem doppelten Boden. Hoffentlich pinkelt das zukünftige Prinzelein nicht allzu sehr und die „treue Coburger“ Heimat Erde verdrift. Oder legt die Stadt Coburg gar Wert auf Erde mit Spezialdüngung, die sie später einmal zurückhaben will?

Apropos: „Der zu erwartende Stammhalter!“ Woher weiß man, daß „die Ehe mit Kindern gesegnet würde“ oder

sollte Frau Prinzessin? Na, Nel, Wo bleibt da Herr Braut, wo bleibt da der Geist des Zweckes?

Wie wichtig aber das Ereignis der Hochzeit für die „deutsche Republik“ zu sein scheint, geht aus dem letzten Absatz des Berichtes hervor, wonach:

„Vom 19. Oktober ab eine Kompanie des Reichsheeres auf Anordnung des Reichspräsidenten

die Ehrenwache auf der Feste Coburg übernimmt.“

Jetzt wissen wir endlich einmal, wach bedeutsame Aufgaben der deutschen Reichwehr zufallen und alles das für unser Geld!

Daß die Spitzen der Nazis mit dabei waren, braucht ja nicht besonders erwähnt zu werden — wir kennen ja diese „Arbeiterpartei“!

Hitler war unter den Gratulanten als Erster da. Die Feierlichkeiten begannen mit einem Aufmarsch der SA.

Schlagende Wetter

4 Kumpel tot, 18 verletzt

Aachen, 18. Oktober.

In einem Aufbau der 340 Meter-Sohle auf der Zeche der Gewerkschaft „Sophia Jakobä“ in Hückelhoven hat sich in der vergangenen Nacht gegen 1.30 Uhr eine Schlagwetterexplosion ereignet. Ein Bergmann wurde getötet und 11 verletzt. Von den Verletzten kamen 6 unmittelbar durch die Explosion zu Schaden, während 5 andere bei dem Versuch, ihren Kameraden zu helfen, durch Einströmen von Nachschwaden verunglückten. Bei drei der Verletzten besteht Lebensgefahr.

Drei weitere Todesopfer

Im Laufe des gestrigen Tages sind drei der bei dem Unglück auf der Grube „Sophia Jakobä“ in Hückelhoven schwer verletzten Bergleute gestorben. Drei weitere Opfer des Unglücks schweben noch in Lebensgefahr. Drei Kumpels verschüttet, Schwerverletzter geborgen

Saarbrücken, 18. Oktober.

Auf der Grube Götterborn im Fischbachthal wurden drei Bergleute verschüttet. Sie konnten sofort befreit werden, doch haben alle drei schwere Verletzungen erlitten.

Explosion eines Munitionswagens

Rio de Janeiro, 18. Oktober.

Bei einem Eisenbahnunfall in Entrerios explodierte ein Munitionswagen. Sechs Personen wurden getötet, 12 verletzt.

Ein deutscher Journalist getötet

Paris, 18. Oktober.

Ein mit zwei aus Genf nach Paris zurückkehrenden Journalisten und einer österreichischen Dame besetztes Auto fuhr bei Juvisy, südlich von Paris, in voller Fahrt auf einen Lastkraftwagen auf. Der Journalist, der am Steuer saß und laut Havas Charles Mer-

tinis heißt, sowie die österreichische Dame wurden getötet, während der andere Journalist namens Sechos leicht verletzt wurde. Nach dem Paris-Soir soll es sich bei dem Getöteten um den deutschen Journalisten Karl Merten handeln, der 1902 in Kassel geboren wurde.

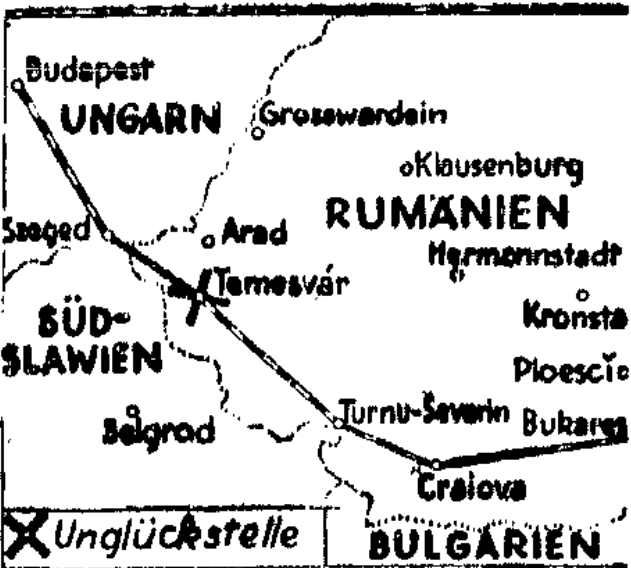
Karl Merten hat seinerzeit tapferer Weise in der Weltbühne als erster die faschistischen Fememorde aufgedeckt.

Die Katastrophe des Arbeiterzuges

Zahl der Toten jetzt 26

Budapest, 18. Oktober.

Wie der Pester Lloyd aus Tomsevar meldet, war die Katastrophe von gestern nacht einer der größten Unglücksfälle, die sich in den letzten Jahren in Rumänien ereignet haben. Die Zahl der Todesopfer ist auf 26 gestiegen, nachdem in den frühen Morgenstunden wiederum zwei Schwerverletzte ihren Verletzungen erliegen sind. Leider ist auch der Zustand der übrigen Verunglückten so ernst,



daß man kaum noch Hoffnung hat, sie am Leben zu erhalten. Der Weichensteller Czernak, der verhaftet wurde, rechtfertigt sich damit, daß das Unglück nicht auf dem Schienenpaar geschah, sondern auf dem Dienst zu versehen hatte. Die verunglückten Arbeiter stammen beinahe ausnahmslos aus der schwäbischen Gemeinde Hatzfeld im Banat.

Ein Kirchturm vom Sturm umgeblasen

Leipzig, 19. Oktober.

Infolge des heftigen Sturmes stürzte gestern abend in Röttha der Turm der Marienkirche ein. Da infolgedessen die Lichtleitungen zerrissen wurden, war die Stadt auf lange Zeit ohne Licht. Von dem Turm steht nur noch ein kurzer Stumpf. Sofort wurden Absperrungen vorgenommen. In dem Augenblick des Einsturzes ging gerade eine Einwohnerin von Röttha an der Kirche vorüber. Sie kam jedoch glücklicherweise ohne Schaden davon, da die Trümmer etwa fünf Meter von ihr entfernt niederfielen.

Breslauer Volksbühne, e. V.

Zu dem Klavierabend von Professor Friedrich Wührer-Wien am Freitag, den 21. Oktober, im Mozartsaal der Hermannstraße (nicht Kammermusiksaal) erhalten die Mitglieder der Volksbühne in der Geschäftsstelle, Schwesdnitzer Str. 8, mehrere Rote Karten zum Preise von 1 Mk. und 75 Pfg. (statt 2.— Mk. und 1.40 Mk.). Das Programm des Konzerts enthält u. a. Werke von Haydn, Beethoven, Schubert und Brahms.



Freidenkerjugend, Gruppe Süd-Ost. Heut 20 Uhr, Heim Taubenstr. 84, Gruppenabend. Thema: Führer des Proletariats. Gäste willkommen! Anschließend kurze Mitgliederversammlung.

Gewerkschaftsnachrichten

Deutscher Metallarbeiterverband
Metallindustriebetriebe: Ueber Annahme oder Ablehnung des für die Metallindustrie gefällten Schiedspruches findet am Donnerstag, 20. Oktober 1932, in allen Betrieben eine Urabstimmung statt. Wir bitten unsere Funktionäre, diese Urwahl vorzubereiten und soweit am Donnerstag nicht gearbeitet wird, die Abstimmung in einem dazu geeigneten Lokal vorzunehmen. Die Ortsverwaltung.
Silberarbeiter: Freitag, 21. Oktober, 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus, außerordentliche Branchensammlung. Tagesordnung: Aenderung des Lohn- und Akkordtarifes.

Geschäftliches

Dem Kinde das Beste! Welche Mutter würde nicht glücklich sein, wenn sie ein Getränk wüßte, das die gleichen Nährstoffe wie Muttermilch enthält und nahrhaft ist, ohne zu stopfen! Ein solches Getränk ist Kaba. Auch für Erwachsene ist Kaba angenehm und bekömmlich. Kaba schmeckt wie Schokolade, ist stets gebrauchsfertig und erfordert keinen Zucker. Pakete für 30 und 60 Pfg. überall.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Internat: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndruck Th. Behnke, A.G. Breslau, Neue Graupenstr. 7
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 1. 1. Treppe. Telefon 206 02.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,50 Porto monatlich.
Inserentenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3. 1. Treppe. Telefon 206 02.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau. J 7 92.

Jeder Genosse, jede Genossin!
Wirbt einen Abonnenten für unsere **SAZ**

STADTHEATER
Mittwoch, 20. — gegen 21
Abendmitsch-Vorstellung B 4
Der fliegende Holländer
Donnerstag, 20. — gegen 22.30
Abendmitsch-Vorstellung D 4
Mister Wu
Freitag, 19.30 — 23
Der Teufelsreiter
Besucht das „Proleten“ Arbeiter-Sport-Kartell

LOBETHEATER
Täglich 20.15 — 22.45
Sigismund
Sonntag, 20.15 (u. täglich)
Die endlose Straße
GERHART-HAUPMANN
THEATER
Täglich 20.15 — 22.15
Meine Schwester und ich

KABA
des nichtstopfende, wohlschmeckende Familien-Getränk
Jetzt billiger:
Das Paket 30 u. 60 Pfg.
stets frisch zu haben bei:
Waldemar Burczyk
9% Kolonialwaren, Delikatessen, Tabakwaren 9%
Matthiasstraße 195, Ecke Michaelisstraße.

Berlin
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E7 Weichse 2427
Donnerstag, 20. Oktober
8.15 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick
Berücksichtigt unsere Interessen!

Die Einheitsfront
SPD., SAP- und KPD.-Genossen sind sich darüber einig, daß
DIE ENTE
die beste und billigste politische-satirische Wochenschrift ist.
Sie erscheint jeden Donnerstag!
Preis 10 Pfennig
Bei allen Zeitungshändlern erhältlich — Probenummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstraße 7

Wo decke ich meinen Bedarf?

C. Schlawe Reuschstr. 24
Inh. H. Kopp
Gegründet 1843
Eisenwaren - Metalle - Werkzeug- u. Maschinenhandel - Schuhwaren - Haus- u. Kleidergeräthe
Dauerbrandöfen - Ab Mitte November: Schiffsbedarf u. Rodel
Gewinnem! Unterstützt mein Unternehmen. Ich gewähre Euch 5% Rabatt
Wolff Fischer - Schuhe und Lederwaren
Reuschstraße 50 (rechts vom Königsplatz)

ZENTRUM
S. Zöllner, Herrenausstatter
Schmidstraße 64/65 - Ostmer Straße 55, Ecke Poststr.
Sport und Funk
billigste und beste Bezugsquelle für alle Sportartikel und Radio-Geräte
Schwednitzer Straße 20/21
(neben der Dorotheenkirche)

Butter, Käse, Eier, Schmalz, Margarine
nur bei
Carl Jos. Kessler, Inh. G. Klein
Friedrich-Wilhelmstr. 10, Klosterstr. 47
Markthalle Gärtenstr. Stand 128/129
Bismarckstraße 27

Matthias Gertrudstr. 10
Drogen Farben Foto

Kauft bei Blasse!
Blasse ist billig!
Kaufhaus Blasse am Graupenstr. 6/10

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Wo kauft man seine Ledersohlen?
Bei **Gutsche** — Überall empfohlen!
Albert Gutsche, Reuschstr. 32/33
Reuschstr. 32/33
Reuschstr. 32/33
Reuschstr. 32/33

Genossen! Fleisch- u. Wurstwaren
nur bei
Reinhold Reichelt
Neumarkt 14

Richard Pusch
Ritter-Drogerie
Messergasse Nr. 87
Breslau - Foto

Wände- und Deckenreinigung
mit „Wandon“ führt aus
Tapetenhaus Ursulinstraße Nr. 7a
Inh.: G. Kiese, Tel. 21285, z. Selbstverarb. „Wandon“ Pl. 10 Pfg.

**Kinderwagen - Kinderbetten
Korbmöbel - Liegestühle**
Jonas, Reuschstr. 40 (am Königsplatz)

Schuh-Reparaturen
nur
Schuh-Hilfe, Breite Str. 11
Fachmännische Leistung

Goldene Führerworte

Karl Severing in Dortmund

Karl Severing sprach vor wenigen Tagen in der Dortmunder Westfalenhalle. Wir bringen nachstehend einige Auszüge aus seiner Rede, die wir wörtlich der sozialdemokratischen Dortmund-„Westfälischen Allgemeinen Volkszeitung“ entnehmen. Severing sagt unter anderem:

„In der Sozialdemokratie ist das „Politik machen immer mit dem Vorausschauenden identisch gewesen.“

Wie war das doch gleich am 20. Juli. Glaubten die Herren Severing und Braun nicht noch 24 Stunden zuvor, daß die wirklichen Beherrscher Preußens seien? Wer Preußen nicht bis dahin das einzige Bollwerk gegen Reaktion und Faschismus? Was hinterher kam, nach dem 20. Juli, wären allerdings nette Beweise einer klugen Vorausschauung.

Sie leiden an Knochenerweichung

Über die Vorgeschichte des 20. Juli sagte Severing, daß die eigentliche Entscheidung in Preußen bereits bei den Landtagswahlen am 24. April gefallen sei.

„Auf die Dauer war mit diesem Parlament nicht auszukommen. In der Zwischenzeit aber habe ich Erfahrungen gesammelt, die ich nicht noch einmal sammeln möchte, um nicht den Glauben an politisches Rückgrat zu verlieren. Was ich kennen lernte, war politische Knochenerweichung.“

Wie oft hat dieser kleine Gernegroß zuvor doch das hohe Lied von der Treue und Ergebenheit seiner preussischen Staats- und Regierungsekretäre, Kanzleibeamten und sonstigen Schreiblinge gesungen, und jetzt: Knochenerweichung.

Der Schmierkomödiant liebt die heroische Pose nicht

Ich liebe die heroische Pose nicht, ich liebe mehr die Tat. Wenn Herr v. Papen mich am 20. Juli gefragt haben würde, ob ich freiwillig meinen Posten verlassen wolle, dann wäre mein Wort „Ich weiche nur der Gewalt“ nicht gesprochen worden. Aber wenn man mich beschuldigt, die Pflichten eines preussischen Ministers gegen das Reich verletzt zu haben, dann sage ich: „Ich weiche nur der Gewalt.“ (Bravo.)

Man muß das zweimal lesen, um den Mann der Tat richtig verstehen zu lernen. Was Severing von Papen verlangt, das sind etwas schonendere Umgangsformen. Die ganze Schmierkomödie am 20. Juli wäre nicht nötig gewesen. Ein Dankeschreiben des Reichskanzlers an Severing etwa so: „In Anerkennung Ihrer hervorragenden Verdienste... usw. ersuche ich Sie freiwillig zurückzutreten“, hätte vollends genügt, und die republikanischen Helden hätten das Bollwerk freiwillig aufgegeben.

Mehr Mut zum Bremsen

„Den Ehrentitel eines „Bremsers“ akzeptiere ich gern... Warum habe ich die Polizei nicht gegen die Reichwehr geführt? Warum war ich gegen den Generalstreik? Die Reichwehr ist technisch geschult und bis an die Zähne bewaffnet. Die SA ist militärisch ausgebildet, in der Schupo hat nur jeder dritte Mann einen Karabiner, und laut Vertrag kommt auf 100 Mann nur ein Maschinengewehr.“

Vor Tisch konnte man das alles anders lesen. Da war die Preussische Polizei der einzige Garant für den Schutz der Verfassung, und jetzt: Neben der Knochenerweichung, Mangel an Karabinern und Maschinengewehren. Und der weit vorausschauende Minister stellt fest: „Die SA ist militärisch ausgebildet.“ Wer gestattet Ihnen denn die militärische Ausbildung? Es war doch derselbe Minister, der den Mut hatte, den Roten Frontkämpferbund zu verbieten.

Karl der Mutige

Persönlicher Mut Reichsbannerkameraden! Ich habe Euer grünes Hemd noch nicht auf dem Leibe gehabt, aber wenn es darauf ankommt, lasse ich mich von keinem von Euch in punkto Mut übertreffen... (Stürmisches Bravo.)

„Strunz“ würde der Berliner sagen. „Ich fürchte mich vor einem Leutnant und drei Mann, vor sonst nichts auf der Welt.“

Am Schluß sagte Severing noch:

Frendel: Ich habe bisher immer meine Pflicht getan, ich werde sie auch weiter tun.“

„Davon sind wir allerdings auch überzeugt, wenn man ihn wieder braucht, wird er seine „Pflicht“ weiter tun.“

Die Straßenschlacht von Dortmund

Die wahren Schuldigen

Seit Tagen versuchen die Nationalsozialisten, die Arbeiterviertel der Stadt Dortmund durch einen rücksichtslosen Terror unter ihre Herrschaft zu bringen. Der starke kommunistische Einschlag der Dortmunder Arbeiterbevölkerung — die KPD ist nach der letzten Reichstagswahl die stärkste Arbeiterpartei geworden — sorgte bisher dafür, daß der Terror der Nazis auf die Innenstadt und die südlichen Stadtteile beschränkt blieb. Vergeblich versuchten die Nazis die Straße des Nordens zu erobern.

Die Vorgänge, die sich jetzt vor wenigen Tagen in den Straßen Dortmunds abspielten, lassen auf eine planmäßige Vorbereitung und Organisation durch die NSDAP schließen. Am Freitagabend kam es bereits zu Zusammenstößen, die sich dann am Sonnabend fortsetzten. Die Nationalsozialisten hatten ihre SA-Leute aus der ganzen Umgebung zusammengezogen. Am Sonntag morgen versammelten sie sich in einer Stärke von 800 Mann, um in Kolonnen nach dem Norden vorzudringen und hier, wie sie zunächst vorgeben, Flugblätter und Schriften zu verbreiten.

In den stark von Kommunisten bewohnten Alsen- und Schleswiger Straße stießen die provozierenden Nazis auf Kommunisten. Wie der Polizeibericht feststellt, sollen die SA- und SS-Leute von seiten der Kommunisten beschossen worden sein. Tatsache hingegen ist, daß die SA- und SS-Leute mit ihren Koppeln auf die Bewohner einschlugen, und daß diese sich dann selbstverständlich geschlossen zur Wehr setzten. Die eintreffende Polizei der Sozialdemokraten Zörgiebel ergriff sofort Partei für die Nationalsozialisten. Nach dem Polizeibericht steht es wiederum als selbstverständlich fest, daß die aus einem Laubengeld an die Polizei abgegebenen Schüsse

von Kommunisten abgegeben wurden. Unter den Beamten machte sich nach diesen Schüssen eine starke Panik bemerkbar. Sie schossen blindlings nach allen Seiten, flüchteten in die Haustüren und brachten sich an den Häuserwänden in Deckung. Eine Arbeiterfrau wurde in ihrer Wohnung am Fenster durch einen Schuß der Polizei getötet. Der Polizeibericht versucht die wüste Schießerei dadurch zu rechtfertigen, daß er behauptet, aus den anliegenden Häusern seien die Beamten beschossen worden. Es stimmt zwar, daß sich unter den Anwohnern dieser Straßenviertel eine starke Erregung gegen die Polizeibeamten bemerkbar machte, die in ganz offensichtlich Weise für die Nazis Partei ergriffen. Gegen die Beamten wurde daher auch manches Schimpfwort laut. Wie Augenzeugen jedoch berichten, ist aus den Fenstern nicht geschossen worden. Wie immer bei solchen Vorfällen, wurden die Polizeibeamten durch die wüste sinnlose Knallerlei aus ihren eigenen Pistolen derart erregt, und in eine Angstpsychose versetzt, daß sie blindlings in alle offenstehenden Fenster knallte. Das Resultat dieser sinnlosen Polizeiatacke waren 2 Tote und 12 Schwerverletzte.

Die Ruhe trat erst dann wieder ein, nachdem die Polizei die Nationalsozialisten zusammengezogen und aus dem nördlichen Stadtteil abgedrängt hatte. Die blutigen Vorgänge hätten vermieden werden können, wenn der sozialdemokratische Polizeipräsident durch vorsorgliche Maßnahmen — die er nur gegen Kommunisten anzuwenden versteht — das demonstrative und provokatorische Auftreten der Nationalsozialisten in den nördlichen Stadtteilen von vornherein unterbunden hätte. Im Polizeibericht wird selbst zugegeben, daß das Vorhaben der Nazis der Polizei bekannt war. Die Hauptschuld an den Zusammenstößen trägt mithin die Polizei.

„Verlängerung“ des Apparates?

Die Vorgänge in der Württembergischen SPD

Wenn man heute als „Außenstehender“ die Berichte von Veranstaltungen der SPD liest, fühlt man sich angelogen. Diese Empfindung mußte man unwillkürlich auch beim Lesen der „Schwäb. Tagwacht“ bekommen, beim Bericht über die Landesversammlung der SP Württembergs zur Kandidaten-Aufstellung. Wir verspüren nichts von einer Wendung in dem politischen Referat Schumachers, der alte Geist in neuen Worten.

Nun aber zur Kandidaten-Aufstellung. With. Kell erstattete den Bericht vom Erweiterten Landesvorstand und erklärte, daß er zurückgetreten sei und Hildenbrand auch (zurückgetreten worden). Man merkte in der Landesversammlung nicht viel von Sturm, und es wird auch nicht gesagt, wie stürmisch es in der Sitzung des Erweiterten Landesvorstandes zugegangen ist. Befürchtete man etwa die Übertragung des Sturmes auf die Landesversammlung?

Wie gesagt als Außenstehender, der früher auch immer dabei war und weiß, wie es ist,

fühlt man sich angelogen. Geht man nun auf den Sprung, so findet man auch gleich eine Plattform, von der aus man die ganze Sache anders überblicken kann: nämlich in der sechsständigen Sitzung des Erweiterten Landesvorstandes wurde um die Sitze gerätselt und gerauft. Bis zur 8. Nominierung wurde über jede Nummer einzeln abgestimmt. Kell wurde scheinbar vorher nahegelegt, zurückzutreten, Hildenbrand aber soll sich sehr an das Mandat geklammert und sich auf seinen großen Anhang in Norddeutschland (!) berufen haben. Dann ging der Streit wer die Liste führen soll: ist Rosmann der „Führer“ oder Schumacher, zu dem die Massen ehrfurchtsvoll emporklicken können? Schließlich unterlag Schumacher. Und so ging es weiter, 8 Sprossen an der Leiter, und du Prolet, bist betrogen dabei, leider. Du bildest Dir ein, es sei eine Verlängerung eingetreten. Das ist keine Verlängerung, die unter solchen Umständen stattfindet, denn sie gewährleistet absolut keine politische Wendung. Gewährleistet etwa Schumacher, der in weiten Kreisen als Demagoge angesehen wird, einen Kurswechsel? Nein! Deshalb laßt euch nicht länger betören, wendet euch ab von diesen Manöverstrategen und quittiert es, indem ihr am 6. November für die Liste der SAP stimmt.

SAP führt Arbeiterliste

Wendischfähre a. Elbe, 18. Oktober. Da hier die Gefahr einer faschistischen Mehrheit im Gemeindeparlament besteht, wurde am 14. Oktober in einer proletarischen Einwohnerversammlung die Aufstellung einer überparteilichen Liste der Werktätigen, die Listenverbindung mit der SPD einget, beschlossen. Als Spitzenkandidat fungiert Genosse Pfeifer von der SAP.

Achtung! Studenten!

Das neue Semester beginnt. Der S. St. V. muß gleich bei Beginn seine Arbeit aufnehmen. Wir ersuchen darum Genossen und Sympathisierende, sich bei folgenden Adressen umgehend zu melden:

- Berlin: K. Tennenbaum b. Mayer, Cuxhavener Straße 19.
- Breslau: S. St. V., Kleine Holzstr. 3.
- Erlangen: Ulrich Beuthner, Neustädtische Wallstr. 10, b. Nickel.
- Erlangen-Nürnberg: H. Lerchen-tal, Nürnberg, Rennweg 50.
- Frankfurt: A. Hooge, Bertramstr. 14.
- Hamburg: Ruth Orthmann, Heidehorn 5.
- Köln: H. Paul, Roonstr. 43.
- Leipzig: F. Behrens b. Horn, Zwickauer Straße 107.
- München: H. Brunner, München, Amalienstr. 75, Garth. 1.

Die Reichsleitung. Achtung! Berliner Studenten: Vorbesprechung am Montag, den 24. 10., 16 Uhr, bei Tennenbaum, Cuxhavener Straße 19 (Nähe Hansaplatz).

Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei täglichem Gebrauch von Chlorodont, der Zahnpaste von höchster Qualität, Gasparin im Verbrauch, Tube 50 Pf. und 80 Pf. Verlangen Sie nur Chlorodont und wollen Sie jeden Erfolg dafür gürd.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

73) Ein deutscher Roman von THEODOR FLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50. Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Das eigentlich zu behandelnde Problem scheint vergessen, keine Vorschläge, keine Debatte, keine Abstimmung. Aber der Prinz Max will diese Sache zu Ende bringen.

Der draußen wartende Ebert wird hereingerufen.

Ebert, Bauer, Scheidemann und die beiden sozialdemokratischen Arbeiter stehen vor dem Kanzler. Das Drehen dieser Menge von Gesichtern hört einen Moment lang auf, auch das Durcheinander von Reden. Nur die Türen gehen immer wieder auf, Beamte, Diener, Journalisten kommen herein.

Der Prinz sagt in feierlichem Ton:

„Wenn überhaupt jemand in der Lage ist, jetzt unser Vaterland vor dem Schlimmsten zu bewahren, ist es Ihre Partei. Sie haben die größte Organisation und den größten Einfluß. Herr Ebert, übernehmen Sie das Reichskanzleramt!“

Ebert senkt nachdenklich den Kopf. Er kennt die Parolen der draußen marschierenden Arbeiter, die weit hinausreichen über die bestehende Verfassung mit einem Kanzler an der Spitze des Reiches.

Er wendet sich Scheidemann und Bauer zu und fragt:

„Ob ich nicht vorher die Parteileitung befragen muß?“

„Ach was, sag einfach Ja!“

„Übernehmen Sie das Reichskanzleramt?“ fragt der Prinz noch einmal.

„Es ist ein schweres Amt, aber ich werde es übernehmen!“

Dr. Solf tritt vor Ebert hin:

„Sind Sie bereit, die Regierung innerhalb der Verfassung zu führen?“

Ebert antwortet: „Ja!“
Dr. Solf fragt weiter:
„Auch innerhalb der monarchistischen Verfassung?“

Ebert hebt den Kopf und sieht den Prinzen an:

„Gestern hätte ich die Frage unbedingt bejaht. Heute muß ich mich erst mit meinen Freunden beraten!“

„Nun müssen wir die Regentschaftsfrage lösen“, sagt der Prinz.

„Es ist zu spät“, sagt Ebert.

„Zu spät“, sagt Scheidemann.

„Zu spät“, wiederholen Bauer und die beiden Arbeiter.

Die Frage der zu ernennenden Minister wird besprochen. Der zurückgetretene Reichskanzler Prinz Max von Baden nimmt führend an den Verhandlungen teil und bemüht sich, von den Männern seines Kabinetts so viele wie möglich in dem neu zu bildenden unterzubringen.

„Es gilt, an Legalität und Kontinuität zu retten, was noch zu retten ist“, sagt er. Scheidemann und Bauer ersucht er, ihren Rücktritt zu revidieren. Er spricht mit Hausmann, auch mit Dr. Solf, und versucht, sie zum Bleiben zu bewegen.

Ebert bemüht sich ebenfalls, den organischen Zusammenhang mit der Vergangenheit nicht zu lösen. Er beabsichtigt, Scheidemann und Landsberg zu berufen. Die Staatskretäre bittet er, ihre Ämter vorläufig weiterzuführen.

Scheidemann denkt an den Kriegsminister, der ein weit sichtbareres Symbol der alten Macht ist, und an den Oberbefehlshaber in den Marken, der in Berlin die Militärmacht repräsentiert, und der gestern noch Plakate an die Mauern kleben ließ, die jeden mit Strafe bedrohen, der sich an der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten beteiligt.

„Der Kriegsminister und der Oberbefehlshaber müssen weg. Die Posten müssen mit Parteigenossen besetzt werden!“ ruft Scheidemann in die Verhandlungen hinein.

Der Kriegsminister erinnert an das Heer, das noch am Feinde stehe.

„Dafür sind genug Generäle an der Front!“

„Aber die Versorgung muß geregelt bleiben. Außerdem sind Waffenstillstandsverhandlungen im Gange.“

„Das können wir alles selbst erledigen!“

Die Falte zwischen den Augenbrauen des Kriegsministers wird schärfer:

„Ich bleibe auf meinem Posten; unbeschadet meiner persönlichen Ueberzeugung werde ich ausharren. Es sei denn, daß ich hinweggefegt werde!“

Von den fünf Sozialdemokraten, die vor einer knappen Stunde als „Vertreter der Revolution“ hier aufgetaucht sind und den Kanzler untertänigst um eine Audienz ersucht haben, denkt keiner daran, den Kriegsminister oder sonst jemand hinwegzuzeigen.

Scheidemann erwidert nur:

„Aber als Garantie nach außen hin ist es nötig, daß dem Kriegsminister ein Sozialdemokrat beigegeben wird!“

Dagegen hat der Kriegsminister nichts einzuwenden.

Scheidemann schlägt den Abgeordneten Göhre vor.

Ein Kanzleidiener tritt an Ebert heran:

„Der Herr Abgeordnete Dittmann, Herr Cohn und Herr Vogtherr wünschen den Herrn Reichskanzler zu sprechen!“

Die Unabhängigen, die es jetzt eilig haben!

„Ich werde die Herren sofort empfangen!“

Prinz Max stellt Ebert die Bibliothek für seine Empfänge zur Verfügung. Es hat sich nichts geändert. Der Herr Reichskanzler Ebert bittet den Herrn Vizekanzler Exzellenz von Payer, der Besprechung beizuwohnen. Und der Herr Vizekanzler seinerseits bittet Seine Exzellenz Staatssekretär Dr. Solf, ihn zu begleiten.

Mit beiden Herren betritt Ebert die Bibliothek:

„Ich lasse die Herren bitten, einzutreten!“

Der Kanzleidiener öffnet den Herren Unabhängigen die Tür. Der Diener Eberts hat dasselbe glatte ausdruckslose Gesicht wie die Kanzleidiener aus der Ära Bethmann oder Bülow.

In der Erkenntnis, daß die Sozialdemokratie allein außerstande sein würde, die Massen hinter sich zu bringen, hat Ebert sich seit dem frühen Vormittag um ein Zusammen-

gehen mit den Unabhängigen bemüht. Gleich nachdem er von seiner Unterredung mit dem Prinzen Max in den Reichstag zurückgekehrt war, suchte er die Führer der Unabhängigen Partei in ihrem Fraktionszimmer auf und schlug ihnen ein Zusammengehen beider Parteien vor. In dem Bestreben, alle Kräfte zusammenzufassen, ging er so weit auf eine Liebknecht betreffende Anfrage zu erwidern: „Bringen Sie uns Liebknecht, bitte!“

Die Unterhandlung mit den drei Unabhängigen dauert nicht lange.

Ebert läßt ihnen keine Zeit, ihr Programm zu entwickeln. Er fragt, ob sie sich an der Regierung beteiligen wollen und teilt ihnen mit, daß er bürgerliche Parteien zur Besetzung der Fachministerposten heranzuziehen gedenke.

Die Unabhängigen erwidern, daß sie keine prinzipiellen Einwendungen hätten, ihre endgültige Entscheidung könnten sie aber erst später treffen. Dr. Solf bewundert die Schnelligkeit, mit der Ebert in seine neue Kanzlerwürde hineinwächst, v. Payer den schroffen Ton, mit dem er die drei Unabhängigen abfertigt.

Ebert entläßt die Unabhängigen und läßt ihnen nur eine kurze Frist, nach der sie ihm ihre Erklärung zu überbringen hatten.

Sodann setzt er sich mit Dr. Solf und Hausmann, die auch die prinzipiellen Adressen stillisierten, an den Tisch und verfaßt seine ersten beiden Aufträge als Reichskanzler:

„An alle Behörden und Beamten!“

... Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hunger zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihr hilfreiche Hand leisten. Ich weiß, daß es vielen schwer wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserm Volke. Ein Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern. Helft also mit mir dem Vaterlande durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.“ (Fortsetzung folgt.)

Wie die Sozialisierung marschierte

Von J. Waicher

IV.

Die Stellung der einzelnen Parteien zum Gesetz ist sehr unterschiedlich. Es muß gesagt werden, daß die Unabhängigen am meisten zur Verwirrung der Arbeiter beitragen haben. Auf die USP setzten große Massen ihre Hoffnungen, sie galt in ihren Augen als die einzig revolutionäre Partei. Und was hatte diese Partei den Arbeitern zu sagen? Im Positiven herzlich wenig und das Wenige war noch grundfalsch. Am 8. März führte Henke-Bremen namens der USP aus:

„Ich erwarte, daß da unser Dilemma und das Dilemma der Massen draußen weitergehen wird, dies zur Folge haben wird, daß die Regierung bald mit anderen Sozialisierungsvorlagen kommt, mit denen man zufriedener sein kann als mit der gegenwärtigen.“

Und fünf Tage später sagte der gleiche Redner:

„Der Kernpunkt der ganzen wirtschaftlichen Kämpfe der jüngsten Zeit ist die Sozialisierungsfrage gewesen, darauf hatten die Arbeiter all ihr Sehnen und Hoffen eingestellt und nun sehen sie, daß ihnen Stroh statt der gewünschten Nahrung geboten wird... Die Massen haben gefaßt: Hier mit der Sozialisierung, hier mit der Verankerung der Arbeitstätte in der Verfassung und diesem Sozialisierungsgesetz! — und es ist dann den Massen in Plakaten und Flugblättern beantwortet worden, seid nun ruhig, die Sozialisierung ist da! Sehen die Arbeiter sich daraufhin den Gesetzentwurf an, so müssen sie sich bitter enttäuscht fühlen.“

Anstatt den Massen zu sagen, daß sie mit dem ganzen Gequassel in der Nationalversammlung schamlos getäuscht werden sollen, umstätt ihnen einzuhämmern, daß an Sozialismus nicht zu denken ist, eher dafür nicht in außerparlamentarischem Ringen die Voraussetzungen geschaffen sind, statt dergleichen auszusprechen, verlangte der unabhängige Redner nach der berühmten „Verankerung der Räte in der Verfassung“ und nach einem „Sozialisierungsgesetz“, mit dem man zufriedener sein kann.“

Womöglich noch anfechtbarer war, was der Redner des — sozusagen — linken Flügels der USPD, heute einer der Linientreuesten der KPD, Wilhelm Koenen, vorbrachte:

„Jetzt brauchen wir die Zusammenfassung aller Kräfte, um überhaupt aus dem Sumpf, dem Chaos herauszukommen. Wenn wir die Kräfte alle lösen, alle frei machen, dann werden wir es schaffen, durch gemeinsame Arbeit, dann werden wir herauskommen aus den jetzigen Zuständen. Aber nicht durch ein Flickwerk, wie hier uns vorgelegt wird... Es kommt darauf an, das grundgewachsene, natürliche und selbstverständliche Recht derjenigen, die mit Leib und Leben zum Betrieb gehören, sicherzustellen. Das kann nach unserer festen Überzeugung nur geschehen, indem man das wirtschaftliche Rüstsystem unumwunden anerkennt... Dieses Rüstsystem zur Durchführung zu bringen, darum können Sie gar nicht herum. Sie kommen aus dem Chaos nicht anders heraus. Das Rüstsystem, die Grundlage der wirklichen Sozialisierung, der geistigen, körperlichen und wirtschaftlichen Sozialisierung des ganzen Lebens, wird es mit sich bringen, daß die Arbeitsunlust aufhört.“

Der Sozialdemokrat Osterroth fand, daß in dem Gesetz vieles steckt, was die Arbeiter in Wirklichkeit erwarten haben. Nach dieser dreisten Verhöhnung der betroffenen Arbeiter verkroch sich dieser Biedermeier hinter die „Frankfurter Zeitung“, die in den Jounartagen geschrieben hatte, „daß das private Kohlenmonopol reif und überreif zur Expropriation sei“. Osterroth überließ es dem Frankfurter Börsenblatt, von der Expropriation zu sprechen. Er wagte sich nur bis zur Verstaatlichung, und auch die lasse sich angesichts der „Blutleere des Bergbaues“ nicht von heute auf morgen in die Tat umsetzen. Den Zweck der Uebung deutet Osterroth ziemlich unverhüllt durch folgenden Satz an: Wir betrachten dieses Gesetz als eine große Hoffnung, die den Bergarbeitern den Glauben gibt, daß man doch weiter kommt, daß man in der Zukunft nicht verzweifeln braucht.“

Von den Bürgerlichen stellten sich die Herren Voegler, Stresemann und Hugenberg so, als ob sie den ganzen Sozialisierungsschwindel ernst nehmen würden. Stresemann drohte mit der Auswanderung der Kapitalisten (er meinte wohl Kapitalisten). Voegler malte das Gespenst des Bolschewismus an die Wand und gab namens der Deutschnationalen eine Erklärung zu Protokoll, in der feierlich Verwahrung gegen das Gesetz eingelegt wurde.

Damit zwangen die Deutschnationalen die Regierung, ein bißchen aus der Schule zu plaudern. Reichsminister Giesberts (Zentrum) hielt der Rechten vor, daß sie das Wesen der Sache noch immer nicht begriffen hätte. Es handle sich nicht um ein Zugeständnis an die Revolution, sondern um ein Gesetz zur Verhinderung der Revolution:

„Ich kann nur erklären, gerade gegen jene wilde Sozialisierung, wie sie im Rheinland-Westfalen stattgefunden hat, richtet sich unsere Vorlage, deshalb eben wollen wir die Sache von Reichs wegen regeln, um nicht eine wilde Sozialisierung aufkommen zu lassen. Jene Art der „Sozialisierung“: Wir wollen den Generaldirektoren ihre Tantiemen und Gehälter nehmen und den Kapitalisten ihre Dividenden, um dadurch die Löhne aufzubessern — diese verrückte Sozialisierungsmethode, die in den Köpfen unangeklärter Arbeiter spukt, wollen wir ja gerade bekämpfen, um an ihrer Stelle eine gesunde organische Sozialisierung zu ermöglichen.“

Der Sozialdemokrat Dr. Braun sah sich veranlaßt (Sitzung vom 12. März), von der „verrückten Sozialisierungsmethode“ abzurücken. Er betonte, daß in der „wilden Sozialisierung eine ganz falsche Auffassung vom Sozialismus steckt“. Entschuldigend fügte er hinzu, daß solche falsche Gedanken „nicht möglich gewesen wären, wenn nicht durch 10 Jahre hindurch, nicht durch unsere Schuld, sondern durch die Schuld der höheren Macht, die ganze Erziehung der Arbeiter gerichtet hätte“.

Der Zentrumsubgeordnete Burlage erklärte:

„Herr Voegler sprach sogar vom Bolschewismus. Durch solche Bilder lassen sich nur Kinder schrecken. Wir werden später die Gesetze mit Verstand und Vernunft machen, wir werden bedenken, welches die Folgen der Gesetze sein werden, und wir werden es abwenden können, daß derartige Folgen eintreten, wie sie soeben an die Wand gemalt wurden. Gerade um nicht in den Bolschewismus hineinzugeraten, machen wir auch diese Gesetze im gegenwärtigen Augenblick. Ich denke, diese Zusammenhänge sind so klar, daß ich sie nicht weiter auseinandersetzen brauche.“

Der Zusammenhang war in der Tat vollkommen klar. Um den letzten Bürger vor unünftigen Aufregungen zu bewahren, hob Dr. Dernburg (Dem.) noch besonders hervor:

„Jede einzelne Bestimmung in diesem Gesetz enthält die Worte: „Das Nähere wird durch Reichsgesetz bestimmt“. Es handelt sich hier also um ein Rahmengesetz, zu dem uns die Zustimmung bzw. die wohlwollende Prüfung dadurch erleichtert wird, daß hier nur programma-

tische Sätze ausgesprochen werden... Es liegt kein absoluter Zwang zu einer oder jeder Sozialisierung darin, es ist nur ein Bekenntnis zu einem Grundsatz.“

Diese Feststellung entsprach haargenau der Sachlage. Wenn es aber die Situation erforderte, daß die Bourgeoisie den Proleten ein nichtssagendes Versprechen machte, warum sollte dann nicht versucht werden, aus der Sache gleich noch einen besonderen Nutzen zu ziehen. Wie das zu machen ist, hat Dernburg mit dem Hinweis dargelegt, daß durch das Gesetz alle im Erwerb Tätigen um ein gemeinsames Ziel gruppiert werden, wodurch ein gegenseitiges besseres Verständnis und eine Annäherung erzielt wird“. Diese Aussicht veranlaßte sogar den Deutschnationalen Wallbaum zu der Erklärung, daß seine Fraktion zwar Einschränkungen zu machen habe, daß sie aber andererseits davon überzeugt sei, „daß alle Mittel anzuwenden seien, wenn es gilt, dem Arbeiter wieder Freude an der Arbeit zu verschaffen“.

Ein Mittel zur Stärkung der Arbeitsgemeinschaften, zur Steigerung der Ausbeutung, zur Festigung des Kapitalismus, das war es, als was sich am Ende das sogenannte „Sozialisierungsgesetz“ entpuppte. Warum sollte die in der Mehrheit aus bürgerlichen Abgeordneten bestehende Nationalversammlung ihre Zustimmung verweigern? Am 13. März 1919 ist das „Sozialisierungsgesetz“ mit Mehrheit verabschiedet worden. Noch im Sommer 1919 hat Dr. Petersen auf dem demokratischen Parteitag gesagt, „das ganze Gesetz bestehe aus in Paragraphen gefaßten allgemeinen Redensarten“ und sei nur „zur Beruhigung der Gemüter gemacht worden“. Der Mann hatte recht. (Fortsetzung folgt.)

Das Arbeitslosenelend der Heimarbeiter

Die Heimarbeiter stellen eine Schicht innerhalb der erwerbstätigen Bevölkerung dar, die nicht ohne weiteres abschätzbar in ihrer Größe ist. Nur eins ist besonders klar, daß in den Heimarbeiterkreisen ein ungeheures Elend herrscht.

Es ist deshalb interessant, den Artikel im letzten Heft des „Reichsarbeitsblattes“ von Erwin Rawicz über die „Arbeitslosigkeit der Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden“ zu lesen. Er untersucht zunächst die Zahl der Heimarbeiter an Hand von Erhebungen durch die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und kommt zu dem Ergebnis, daß rund 275 000 hauptberuflich tätige Heimarbeiter vorhanden sind. Die tatsächliche Zahl dürfte, wenn man die Frauenarbeit in der Heimarbeit berücksichtigt, bedeutend höher sein. Eine statistische einwandfreie Erfassung ist aus diesem Grunde wohl kaum möglich. Trotzdem kann für die von der Arbeitslosenversicherung erfaßten Heimarbeiter eine Arbeitslosigkeit von ca. 20% d. i. 55—60 000 festgestellt werden. Dieses Prozentverhältnis ist gegenüber der Arbeitslosigkeit der Industriearbeiter geringer, was seinen Grund in der miserablen Entlo-

nung der Heimarbeiter findet. Sind doch nahezu 50% der Heimarbeiter in der ersten bis dritten Lohnklasse der Arbeitslosenversicherung eingestuft, d. i. ein Verdienst bis zu 18,— RM wöchentlich. Außerdem sind von den statistisch erfaßten Heimarbeitern rund 75% verheiratet, das bedeutet, daß mit der geringen Entlohnung starke Familien ihr Leben fristen müssen. Die Zahl der Verheirateten in der Industriearbeiterschaft ist in diesen Lohnklassen bei weitem geringer. Ferner ist vor allen Dingen das Bekleidungs-gewerbe in der Heimarbeit stärker vertreten und diese Tatsache führt zwar zu einer qualitativen, aber nicht im gleichen Maße quantitativen Minderung des Produktes. Da ja gerade in der Krise billigere Textilwaren von den verelendeten Arbeiterschichten gekauft werden müssen.

Die geringere Arbeitslosigkeit in der Heimarbeiterschaft bedeutet zugleich eine noch stärkere Verelendung dieser Schichten, die besonders in Sachsen und Thüringen in aus-gebreitetem Maße anzutreffen sind. Unser Kampf um den revolutionären Ausweg aus den furchtbaren Wirtschaftsverhältnissen der Gegenwart wird auch letzten Endes das Schandmal der Heimarbeit beseitigen.

Die beleidigte Stempelanstalt

„Arbeitsämter sind keine Stempelstellen!“

Viele Erwerbslose, die noch „versicherungsmäßige“ Unterstützung erhalten, bekommen kaum soviel, daß davon die Schuhsohlen zur Stempel- oder Zahlstelle bezahlt werden können. Es ist darum nur zu verständlich, daß bei der beginnenden Schlecht-Wetter-Periode vor allem aus ländlichen Bezirken der Wunsch wieder stärker wird, den oft stundenweiten Weg bis zum Arbeitsamt dadurch zu sparen, daß wenigstens einmal in der Woche die Meldepflicht der Unterstützungsempfänger am Wohnort erfüllt werden kann. Ganz selten aber wird solchen Anträgen stattgegeben.

Werden also auch keine neuen Stempelstellen eingerichtet, so fühlt sich jedoch an Arbeitsstelle irgend jemand verpflichtet, gegen die Bezeichnung „Stempelstelle“ energisch zu protestieren. Im amtlichen Mitteilungsblatt „Der Arbeitsmarkt in Sachsen“ ist folgender Erguß zu lesen:

„Die Errichtung von „Stempelstellen“ wird neuerdings wieder von verschiedenen Gemeinden und von den dort vorhandenen Arbeitslosen gewünscht. Ganz abgesehen davon, daß die Errichtung von Kontroll- und Meldestellen nur von Fall zu Fall unter genauester Beachtung der hierfür erlassenen Bestimmungen und Richtlinien zu prüfen ist, muß der Bezeichnung „Stempelstelle“ entschieden widersprochen werden. Diese Be-

zeichnung läßt nur zu deutlich erkennen, wie wenig ein recht erheblicher Teil der Arbeitslosen mit dem Zweck und den Aufgaben der Arbeitsämter vertraut ist. Nicht die Bemühungen um Vermittlung in Arbeit, sondern lediglich die mechanische Abstempelung der Meldekarten scheint ihnen das Wesentliche zu sein. Eine solche Auffassung ist entschieden abzulehnen. Die Arbeitsämter werden im Interesse der Arbeitslosen immer wieder durch entsprechende Aufklärung und durch Ausbau der Vermittlung darauf hinwirken müssen, daß ihre eigentlichen Aufgaben bei Arbeitgebern wie bei Arbeitnehmern hinreichend bekannt werden.“

Nun wissen also die Erwerbslosen, daß sie nicht mehr mit der Stempelkarte zur Stempelstelle stempeln gehen dürfen, sondern mit der Kontrollkarte bei der Arbeitsvermittlungsstelle zur Kontrolle erscheinen müssen. Arbeit wollen die Erwerbslosen. Doch statt Arbeit bekommen sie seit Jahr und Tag nur den „Stempel“. Der „Stempel“ ist auch bei der Arbeitsamtsbürokratie das A und O, die Seele „vons Geschäft“. Nur wer immer den richtigen Stempel hat, kann bestehen. Deshalb sind es in des Wortes wahrster Bedeutung keine Arbeitsämter, sondern Stempelstellen. Doch die Arbeitslosen sollen sich wenigstens einbilden müssen, daß ihnen ihre „Arbeitsvermittlungsstelle“ Arbeit verschafft, Wie

der bestraft wird, der trotzdem künftig noch „stempeln“ geht, ist nicht bekannt. Man muß schon sagen: Sorgen haben die obren Bürokraten von der Reichsanstalt!

Die haben allerlei geheimzuhalten

Folgendes vertrauliche Rundschreiben flog uns auf den Redaktionstisch:

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.
Gesch.-Z. I A 2046 7

Berlin, 10. Sept. 1932.

An die Herren
Präsidenten der Landesarbeitsämter
Betrifft: Schweigepflicht

In letzter Zeit sind mir Fälle bekanntgeworden, daß Beamte und Angestellte der Reichsanstalt die ihnen nach den einschlägigen Bestimmungen obliegende Pflicht zur Dienstverschwiegenheit verletzt haben. Nach § 11 des Reichsbeamten-Gesetzes hat der Beamte über die ihm vermöge seines Amtes bekanntgewordenen Angelegenheiten, deren Geheimhaltung ihrer Natur nach erforderlich oder von seinen Vorgesetzten vorgeschrieben ist, Verschwiegenheit zu beobachten, auch nachdem das Dienstverhältnis aufgelöst ist. Die gleiche Bestimmung enthält § 10 Abs. 1 des Tarifvertrages für die Angestellten, § 10 Abs. 2 des Tarifvertrages bestimmt ferner, daß der Angestellte dienstliche Vorgänge, die ihm durch seine Tätigkeit in der Reichsanstalt bekanntgeworden sind ohne Genehmigung der Dienststelle der Öffentlichkeit, insbesondere der Presse, weder unmittelbar, noch mittelbar mitteilen darf. Die Verpflichtung zur Dienstverschwiegenheit besteht auch gegenüber den Berufsverbänden der Beamten und Angestellten. Eine Verletzung der geltenden Bestimmungen zieht gegenüber Beamten disziplinarische Bestrafung, bei Angestellten gegebenenfalls die Entlassung, bei schwerwiegenden Verstößen die fristlose Entlassung, nach sich.

Ich bitte, sämtlichen Beamten und Angestellten, insbesondere auch den Mitgliedern der Betriebsvertretung, vorstehenden Erlaß zur Kenntnis vorzulegen unter Hinweis darauf, daß ich gegen Beamte und Angestellte, die ihre Verpflichtung zur Dienstverschwiegenheit verletzen unabsichtlich einschreiten werde. Die Kenntnisnahme ist von jedem Amtsangehörigen schriftlich zu bestätigen. Dieser Erlaß ist ferner künftig jedem Angestellten, der im unbeschränkten Tarifvertragsverhältnis der Reichsanstalt angestellt wird, zur Kenntnis vorzulegen.

(gez.) Dr. S y r u p.

(L. S.)

Beglaubigt:
Ritzau, OVS.

Nur wer, wie die Reichsanstalt, ständig bestrebt ist, den Arbeitslosen mit allerlei bürokratischen Tricks und Schlichen die kargliche Unterstützung weiter zu verkleinern, die Arbeitslosen, wie auch die Arbeitsamtsangestellten immer mehr zu drangsaliieren und immer neue reaktionäre Pläne durchzusetzen, hat das Licht der Öffentlichkeit so ängstlich zu scheuen.

USA muß Arbeitslosenunterstützung einführen

Albany (New York), 18. Oktober.

WTB. Der demokratische Präsidentschaftskandidat Gouverneur Roosevelt erklärte gestern abend in einer Rundfunkrede, bei dem jetzigen Umfang der Arbeitslosigkeit sei er der Meinung, daß die Verpflichtung zur Arbeitslosenunterstützung über die Zuständigkeit der Staaten hinausgehe und der Bundesregierung selbst zufalle.

Das ist zwar noch eine leere Wahlversprechung, aber sie zeigt, daß auch die bisher beharrlichsten Gegner jeglicher Sozialgesetzgebung, die Yankees, dem Druck der 12 Millionen arme von Erwerbslosen nachgeben müssen.

Deutsch-italienisches Abkommen

Rom, 18. Oktober.

WTB. In Verfolg der Besprechungen zwischen deutschen und italienischen Vertretern über die Frage der Zahlungen im Handelsverkehr ist eine Einigung erzielt worden. Am 17. Oktober 1932 tritt das italienische Dekret außer Kraft, durch das am 1. Oktober von Italien ein Devisenkompensationsverkehr zwischen Deutschland und Italien eingeführt werden sollte. Von diesem Tage gelten also für die Bezahlung deutscher Waren in Italien wieder die allgemeinen Regeln; Sondervorschriften gegenüber Deutschland sind aufgehoben.

Für die Bezahlung italienischer Waren in Deutschland gelten die allgemeinen deutschen Devisenvorschriften. Außerdem ist die sogenannte Schwedenklausel vereinbart worden, durch die festgelegt wird, daß durch die Gutschriften auf ein Sonderkonto das frühere Verhältnis zwischen der deutsch-italienischen Gesamteinfuhr und Gesamtausfuhr nicht verändert werden darf.

Braunkohlenunternehmer lehnen ab

Halle, 18. Oktober.

CNB. Die Unternehmer haben heute beschlossen, den vom mitteldeutschen Schlichter in Leipzig am Freitag vergangener Woche gefällten Schiedsspruch abzulehnen, der die Gehaltsstafel für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau vom 18. Januar 1932 mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 wieder in Kraft setzt.